

5.3 Zur Transformation von Staatlichkeit und kapitalistischer Vergesellschaftung. Die Regulationstheorie als dynamische Kapitalismustheorie

»Prekarität in den reichen bundesdeutschen Gesellschaften ist [...] nicht nur eine soziale Lage oder eine vorübergehende Pathologie. Es handelt sich um ein Kontroll- und Disziplinierungsregime, das die Arbeitsgesellschaften insgesamt verändert.« (Dörre 2014: 36)

5.3.1 Die Regulationstheorie als zeitgenössische Kapitalismustheorie

Die Marx'sche Kapitalismustheorie des 19. Jahrhunderts (vgl. Heinrich 2006; Kap. 5.2) reicht nicht aus, um den Gegenwartskapitalismus des 21. Jahrhunderts in Gänze begreifen und beschreiben zu können. Gleichwohl bietet sie weiterhin die Grundlage für die Analyse der zentralen strukturellen Merkmale des Kapitalismus auch im 21. Jahrhundert, hinter die nicht mehr zurückzugehen ist (Streeck 2010: 7). Bei Gesellschaften handelt es sich immer um *historisch-konkrete* Gesellschaften, die ständigen Transformationsprozessen unterliegen. Dabei verändert sich auch der Kapitalismus als Wirtschafts- und Gesellschaftssystem in seinen besonderen Ausprägungen und Erscheinungsformen¹⁷³ – wenn auch nicht in seinen Grundstrukturen.¹⁷⁴ Selten wird hingegen die Wirtschaftsgeschichte in der Politischen Bildung thematisiert. Sie bezieht sich in der Regel lediglich auf das Narrativ vom einzigartigen Erfolgsmodell der ›sozialen Marktwirtschaft‹, die die ausbeuterischen Verhältnisse des Manchesterkapitalismus im 19. Jahrhundert (vgl. Castel 2008) in der deutschen Nachkriegsgesellschaft im 20. Jahrhundert überwunden habe. Das sich wandelnde und weiterhin bestehende antagonistische Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit erfährt dabei keine Erwähnung. Gerade dies führt jedoch zu einer Entpolitisierung wirtschaftlicher Themen.

Die Art und Weise sowie der Umfang, wie der moderne Staat der Industriegesellschaft durch Eingriffe in Marktprozesse kapitalistische Vergesellschaftung ermöglicht, reproduziert und immer auch transformiert, hat sich im Laufe des 19. und 20. Jahrhunderts gewandelt. Wie die veränderte kapitalistische Akkumulationsweise (vgl. Kap. 5.3.4) lässt sich diesbezüglich auch der moderne Staat hinsichtlich seiner veränderten Funktionen im historischen Verlauf der Kapitalakkumulation im 20. Jahrhundert begrifflich unterschiedlich fassen (vgl. Kap. 5.3.5). Dies herausgearbeitet zu haben, ist besonderer Verdienst der *Regulationstheorie*, die für die Analyse konkreter historischer Formen des Kapitalismus grundlegende Kategorien liefert und eine moderne Kapitalismustheorie darstellt.

Die Regulationstheorie hat sich in den 1970er Jahren in Frankreich im Kontext der zeitgenössischen ökonomischen (Streeck 2013: 63ff.) und gesellschaftlichen Kri-

173 Zur Geschichte des Kapitalismus vom 18. bis zum 20. Jahrhundert vgl. Dobb 1972; Hermann 2013; Kocka 2013; zur Entwicklung vom Handelskapitalismus zum Industriekapitalismus vom 15. bis zum 18. Jahrhundert vgl. Braudel 1986.

174 Diese bestehen im Antagonismus von Kapital und Arbeit, in den Produktionsverhältnissen, in der Warenförmigkeit, im Wettbewerbsdruck und im Zwang zur Kapitalakkumulation (vgl. Kap. 5.2.3).

senerscheinungen (Raphael 2019: 207f.)¹⁷⁵ als neuer Ansatz der *Politischen Ökonomie* herausgebildet (vgl. Cartelier/De Vroey 1988). Ab den 1980er Jahren wurde sie auch im deutschsprachigen Raum rezipiert, verbreitet und weiterentwickelt. Als dezidiert *kritischer* politökonomischer Ansatz ist sie allerdings nicht lediglich als eine wirtschaftspolitische Theorie misszuverstehen. Gerade durch ihre gesellschaftstheoretischen Bezüge (u.a. Lipietz 1985) versucht sie die Aporien des ausschließlich ökonomisch argumentierenden Keynesianismus (vgl. Heine/Herr 2013: 500ff.)¹⁷⁶ im Zuge der Erfahrungen der Wirtschaftskrise der 1970er Jahre theoretisch zu überwinden (Boyer 1990: 4).

Die zentralen Ausgangsfragen der frühen Regulationstheoretiker (u.a. Michel Aglietta und Alain Lipietz) zielen zum einen darauf ab, zu beantworten, weshalb Phasen eines relativ stabilen Wirtschaftswachstums – eben gesicherter Kapitalakkumulation – immer wieder in längerfristige Stagnations- und Krisenperioden übergehen, zum anderen, weshalb der Kapitalismus trotz der immer wieder auftretenden ökonomischen Krisen »und im Kapitalverhältnis angelegten Widersprüche[n]« (Becker 2002: 12) *dennoch* als Wirtschaftssystem strukturell überdauert (Aglietta 2000: 19).¹⁷⁷ Die Regulationstheorie wendet sich diesbezüglich *erstens* gegen vorherrschende Gleichgewichts- und Entwicklungstheorien neoklassischer Schulen (Mankiw/Taylor 2020: 640ff.),¹⁷⁸ *zweitens* gegen ein technokratisches ordnungspolitisches Verständnis von Wirtschaftspolitik (ebd.: 259ff.), das unter Ökonomen auch weiterhin stark verbreitet ist, trotz der jüngsten Finanzkrise von 2007/08. *Drittens* versucht sie die Frage nach den Gründen für sozialen Wandel sowie *viertens* die Bedingungen temporärer Stabilität einer durch strukturelle Gegensätze zerrissenen kapitalistischen Gesellschaft zu klären (Aglietta 1987: 13). Zudem dient die Regulationstheorie auch (weiterhin) als eine alternative Theorie der politischen Ökonomie gegenüber dem vor allem Ende der 1990er Jahre einflussreichen, aber implizit mikroökonomisch und gleichgewichtstheoretisch argumentierenden *Varieties of Capitalism-Ansatz* (vgl. Hall/Soskice 2001).¹⁷⁹

175 In den 1970er Jahren zeigten sich Krisen wie die Ölkrise, eine Stagflation (Inflation plus Arbeitslosigkeit) und allgemein das Abschwächen der Wachstumsraten (vgl. Piketty 2014: 178).

176 So konnte der Keynesianismus nicht die Stagflation erklären (Streeck 2013: 63).

177 Bereits Adorno konstatierte: »Die Gesellschaft erhält sich nicht trotz ihres Antagonismus am Leben, sondern durch ihn.« (1973: 314)

178 Die sogenannten neoklassischen Modelle gehen davon aus, dass Märkte zum Gleichgewicht tendieren. Krisen sind nicht vorgesehen, sondern werden per Definition weitgehend ausgeschlossen (vgl. Heine/Herr 2013: 11ff.). Zur neoklassischen Theorie kritisch vgl. Robinson 1974: 40ff.; Heinrich 2006: 62ff.

179 Der Varieties of Capitalism-Ansatz (Hall/Soskice 2001) unterscheidet zwischen Kapitalismusformen einzelner Länder. Die einzelne Firma bildet den Ausgangspunkt der Analyse. Es wird untersucht, welche Art von Marktkoordinierung eines Unternehmens in einem Land vorherrschend ist. Dabei wird zwischen liberalen Marktwirtschaften und koordinierten Marktwirtschaften unterschieden. Hierbei ist jedoch zu kritisieren, dass der Ansatz die gesellschaftliche Vielfalt zu stark reduziert und in Modelle packt. Auch wird der Staat kaum analytisch mit einbezogen. Zudem vergleichen Varieties of Capitalism-Ansätze Kapitalismusmodelle eigentlich nur im internationalen Vergleich, nicht in der Zeit. Gerade die Regulationstheorie bezweifelt demgegenüber, dass dauerhafte Stabilität einer Akkumulationsweise möglich ist.

Michel Aglietta, der Pionier der Regulationstheorie, begreift das Abstraktum *Markt* gerade nicht als genuin ökonomischen (u.a. Mankiw/Taylor 2020: 63), sondern als institutionellen gesellschaftlichen Komplex (Aglietta 1987: 12), da »kapitalistische Ökonomien [immer] sozial eingebettet und reguliert sind.« (Jessop 2007: 17) Dies bedeutet, dass der Markt allein als Steuerungsinstanz kapitalistisch verfasster Ökonomien nicht ausreicht und »es gesellschaftlich-politischer Institutionen und Normen bedarf, in die alle ökonomischen und politisch-administrativen Prozesse »eingebettet« sind.« (Hirsch 1995: 46) Aus dieser fundamentalen Annahme leitet sich das der Theorie namensgebende Konzept der *Regulation* ab.¹⁸⁰ Die Regulation lässt sich daher nicht auf staatliche Direktiven oder Wirtschaftspolitik reduzieren, weil sie zusätzlich den *gesellschaftlichen* Bereich umfasst. Neben staatlich auferlegten Gesetzen, Regeln und korporatistisch ausgehandelten Klassenkompromissen innerhalb der industriellen Beziehungen (vgl. Müller-Jentsch 1997) fallen hierunter u.a. von den Individuen verinnerlichte Verhaltensnormen, Konsumgewohnheiten, Lebensstile und gesellschaftliche Werte, die sowohl die Reproduktion der Produktionsstruktur – also das Wirtschaftssystem und das Klassenverhältnis – als auch das Wirtschaftswachstum (Kapitalakkumulation) aufrechterhalten und immer wieder stabilisieren. Dabei unterliegt die Ausgestaltung der Regulation nicht determinierend dem Willen bestimmter Akteure, sondern ist immer durch die soziale und politische Auseinandersetzung und damit durch gesellschaftliche Machtverhältnisse und herrschende Ideologien geprägt (Jessop 2007: 211), was die Regulationstheorie als eine materialistische beziehungsweise kritische Kapitalismustheorie auszeichnet.¹⁸¹

Im deutschsprachigen Raum diente die französische Regulationstheorie als alternative Kapitalismustheorie zur im Westeuropa der Nachkriegszeit in der europäischen Linken einflussreichen Theorie des *Staatsmonopolistischen Kapitalismus* (Stamokap; vgl. Kap. 4.2.3) (Scherrer 1995: 457). Hierbei wurde die werttheoretische Variante der französischen Regulationstheorie durch Joachim Hirsch in den 1980er Jahren um staats-theoretische Überlegungen (Gramsci und Poulantzas) erweitert (Becker 2002: 64ff.), um eine differenziertere und handlungstheoretische materialistische Staatsanalyse zu ermöglichen. Hierdurch geraten auch verstärkt (politische) Akteure in den Fokus. Wie Joachim Becker konstatiert, »hat die deutsche Theorieentwicklung dort ihre Stärke, wo die Schwäche der französischen Diskussion liegt: in der Staatstheorie.« (2003: 67)¹⁸²

180 Streng genommen gibt es *die* Regulationstheorie nicht. Zu den verschiedenen Akzenten und ihrem marxistischen oder (neo-)keynesianischen Bezug innerhalb der französischen Regulationstheorie vgl. Becker 2002.

181 Entgegen ökonomistischer Verkürzungen bestimmter marxistischer Theorien vollzieht sich die Reproduktion des antagonistischen Kapitalverhältnisses nicht unter Gesetzmäßigkeiten hinter dem Rücken der sozialen und politischen Akteure (Cartelier/De Vroey 1988: 85).

182 Ab den 1990er Jahren fokussierte sich die deutschsprachige Regulationstheorie durch Politikwissenschaftler aus der Marburger Abendroth-Schule wie Frank Deppe, Klaus Dörre und Hans-Jürgen Bieling vor allem auf Internationalisierungsprozesse von Staatlichkeit in der zeitgenössischen Internationalen Politischen Ökonomie, die kapitalistische Vergesellschaftung im Zuge des Übergangs vom Fordismus zum Postfordismus (Hirsch 2005), die Entwicklung der Finanzmärkte (Dörre/Brinkmann 2005) sowie die europäische Integration (Ziltener 1999). Regulationstheoretisch inspirierte Arbeiten versuchten hierbei durch den politökonomischen Unterbau in Kombination mit staats- und gesellschaftstheoretischen Überlegungen die Transformation von Staatlichkeit im Ge-

Trotz einiger blinder Flecken¹⁸³ entgeht die Regulationstheorie dem Manko vieler sozialwissenschaftlicher und politischer Analysen sowie Ansätzen der Politischen Bildung, die das qualitativ Neuwertige an der gegenwärtigen Phase des Kapitalismus (Neoliberalismus) lediglich in der Globalisierung und/oder der Entwicklung des Finanzmarktes durch die Abkopplung des Finanzsystems von der Realwirtschaft (Finanzmarktkapitalismus) sehen. Gerade durch solch eine Verkürzung des Analysefokus gerät die Transformation der weiterhin gesellschaftlich-strukturell dominierenden Arbeits- und Produktionsverhältnisse in den OECD-Staaten aus dem Blick.

Folglich bietet die Regulationstheorie als ökonomisch inspirierte kritische Gesellschaftstheorie für eine staatstheoretisch fundierte Soziopolitische Bildung zentrale Grundlagen: *Erstens* nimmt sie gegenüber statischen Theorien der Politischen Ökonomie eine dynamische Sichtweise auf die Ökonomie ein, die zeigt, dass das kapitalistische Wirtschaftssystem ständigen Transformationen unterworfen ist,¹⁸⁴ *zweitens* zeigt sie, dass die spezifische Ausformung der Arbeits-, Produktions- und Lohnverhältnisse durch einen politischen und damit intentionalen Zugriff auf die Arbeitskraft bedingt ist und damit sowohl tarifvertraglich abgesicherte Arbeit als auch *Prekarisierung* und *Flexibilisierung* von Arbeitsverhältnissen nicht durch Kontingenz oder abstrakte Marktkräfte und Systemzwänge erklärt werden darf. *Drittens* konstatiert sie, dass im dialektischen Verständnis staatliche Herrschaft wiederum selbst einem Prozess der Transformation unterworfen und interdependent mit dem Wirtschaftssystem sowie den Imperativen der Kapitalakkumulation verbunden ist.

genwartskapitalismus der jeweiligen industriellen Nachkriegsgesellschaften analytisch und begrifflich zu fassen (u.a. Becker 2003).

183 So fokussieren die meisten französischen Regulationstheoretiker_innen weder die gesellschaftlichen Geschlechterverhältnisse, Rassismus noch die Rechtsform. Joachim Becker sieht dieses Manko in einer fehlenden gesellschaftstheoretischen Fundierung der Regulationstheorie begründet, die Konfliktlinien eben nicht aus den »grundlegenden sozialen Beziehungen« neben dem Klassenverhältnis ableitet (2002: 92). Zudem bleiben die gesellschaftlichen Naturverhältnisse »ein ziemlich blinder Fleck« (ebd.: 93). Akkumulation beruht allerdings auf der Vernutzung von Energiereserven (Altwater 2007: 72ff.).

184 Hier liegt der Vorteil der Regulationstheorie gegenüber institutionalistischen Kapitalismus-Konzeptionen Wolfgang Streecks (u.a. 1999) oder gegenüber Michel Alberts Konzept von *Kapitalismus contra Kapitalismus* (1992). Albert vergleicht das vor allem in Deutschland sowie den Alpenländern und den Niederlanden bestehende Kapitalismusmodell, für das er den einflussreichen Begriff des »Rheinischen Kapitalismus« (ebd.: 104ff.) prägte, mit dem »neoamerikanischen Modell« (ebd.: 80ff.). Dabei konstatiert er die »wirtschaftliche Überlegenheit des rheinischen Modells« (ebd.: 128) und »soziale Überlegenheit« (ebd.: 147) gegenüber dem amerikanischen. Begründet sieht er dies in erstens dem Grad an sozialer Absicherung, zweitens der Verringerung sozialer Ungleichheit und drittens den Aufstiegsmöglichkeiten im rheinischen Modell (ebd.). Der Regulationstheorie liegt demgegenüber ein Kapitalismusverständnis zugrunde, dass eben nicht nur Markt- und Wettbewerbsprozesse fokussiert, sondern diese zu den Produktionsverhältnissen und deren politische Gestaltung durch die jeweiligen materiellen und diskursiven Macht- und Aneignungsverhältnisse in Beziehung setzt.

5.3.2 Die »rebellischen Söhne Althusser«.

Zu den theoretischen Grundlagen der Regulationstheorie

Die Regulationstheorie wurde in Frankreich durch Michel Aglietta begründet und durch die theoretischen Debatten um 1968 inspiriert. Sie versuchte die Sackgasse des keynesianisch inspirierten Denkens durch die Krise des fordistischen Produktions- und Vergesellschaftungsmodells der 1970er Jahre¹⁸⁵ zu überwinden (Becker 2003: 58).¹⁸⁶ Als gesellschaftstheoretisch fundierte politökonomische Theorie zielte sie vor allem darauf ab, die strukturalistischen Engpässe des in der akademischen Linken einflussreichen Marxismus Luis Althusser (vgl. Kap. 4.2.5) zu überwinden (Scherrer 1995: 457), aus dem sie hervorgegangen ist (Lipietz 1998: 15). Indem die Regulationstheorie die grundlegende soziologische Frage nach dem Verhältnis von *Struktur* und *Handlung* neu zu beantworten versucht, wendet sie sich explizit gegen den strukturalistischen Marxismus, der das Handeln der Individuen primär aus den gesellschaftlichen und politischen Strukturen ableitet (ebd.: 15f.). Die Regulationstheoretiker_innen negieren jedoch nicht die Ansicht, dass das Handeln der Individuen maßgeblich durch die ökonomischen Strukturen geprägt ist, halten es allerdings nicht monokausal und determiniert aus diesen ableitbar, da divergierende Machtinteressen unterschiedlicher sozialer Akteure, Eigendynamiken von Produktionsweisen und gesellschaftliche sowie wirtschaftliche Krisen aus dem Fokus verschwinden (vgl. Becker 2002: 58). Der strukturalistisch-marxistische Grundgedanke der *Reproduktion* kapitalistischer Gesellschaften (Althusser) wird in den Begriff der *Regulation* (Aglietta 1987: 15) transformiert, »der der Widersprüchlichkeit und Offenheit sozialer Verhältnisse und Entwicklungen gerecht werden soll.« (Kohlmorgen 2004: 18) Damit wird dem Handeln entgegen der Ansicht der Determiniertheit ein Element der Kontingenz zugestanden.¹⁸⁷

Bezüglich der Analyse der kapitalistischen Produktionsweise beziehen sich vor allem Michel Aglietta (1987) und Alain Lipietz (1985) explizit auf die Marx'sche Kritik der politischen Ökonomie (1967), indem sie die Produktionssphäre maßgeblich durch den strukturell bedingten kapitalistischen Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit bestimmt sehen. Dieser reproduziert sich auch ihnen zufolge durch die rechtliche Verfügung über die Produktionsmittel, was eine strukturelle Machtasymmetrie etabliert. Der regulationstheoretische Begriff des *Akkumulationsregimes* ist vor allem durch Marx' Feststellung der konkurrenzbedingten notwendigen Kapitalakkumulation im Kapitalismus geprägt (1967: 618), geht allerdings makroökonomisch über ihn hinaus.

Mit den beiden zentralen, jedoch recht sperrigen Begriffen *Akkumulationsregime* und *Regulationsweise* hat die Regulationstheorie ein analytisches Instrumentarium

185 Zur Geschichte des Keynesianismus in Deutschland vgl. Abelshauser 2004: 100ff.

186 Zu den klassischen Regulationstheoretikern zählen in Frankreich neben Michel Aglietta Robert Boyer und Alain Lipietz. Zur Einführung in die Regulationstheorie vgl. Boyer 1990; 1997; zum Überblick über die Entwicklung der französischen Regulationstheorie vgl. knapp Becker 2003: 58ff.; ausführlich Becker 2002.

187 Aus diesem Grund – gibt Lipietz zu verstehen – »könnte ich sagen, dass wir die rebellischen Söhne von Althusser sind.« (1998: 15)

entwickelt, um unterschiedliche historische Formen der Kapitalakkumulation und institutionellen Ausgestaltung der Produktionsverhältnisse bestimmen und untersuchen zu können. Hieran schließt auch der von dem italienischen Marxisten Antonio Gramsci (vgl. Kap. 5.4.2) übernommene zentrale Begriff des *Fordismus* durch Aglietta an (vgl. Kap. 5.3.3), der als bestimmte sozialstaatlich eingehegte Produktions- und Vergesellschaftungsweise des Nachkriegskapitalismus der westlichen Industriegesellschaften analysiert wurde (Aglietta 1987). Im Anschluss hieran haben neuere regulationstheoretisch inspirierte Analysen die Transformation des »Spätkapitalismus« (Adorno 1972: 354) untersucht. Dabei wird aufgezeigt, dass seit den 1980er Jahren durch den Siegeszug des Neoliberalismus (vgl. Harvey 2007) als wirtschaftspolitisches Programm und Gesellschaftsmodell der Fordismus durch eine als *Postfordismus* bezeichnete Regulationsweise mit Elementen eines *flexibel-marktgetriebenen Produktionsmodells* (Kap. 5.3.4) abgelöst wurde, die veränderte Leitziele des Staates nach sich zog (vgl. Kap. 5.3.5).

Der Staat bleibt allerdings im theoretischen Sinne trotz seines zentralen Stellenwertes bezüglich der Durchsetzung, Regulation und Veränderung bestimmter Entwicklungsweisen in der französischen Regulationstheorie zumeist unbestimmt und wird in der Regel analytisch lediglich als räumliche Fixierung für das jeweilige Akkumulationsregime gefasst (vgl. Becker 2002: 271ff.). Auch die Transformation (vgl. Kap. 5.3.5) sowie die Transnationalisierung von Staatlichkeit (vgl. Kap. 5.4.4) wird kaum in den Blick genommen (vgl. Becker 2003: 63). Dieser Mangel liegt darin begründet, dass die französischen Regulationstheoretiker kaum staats-theoretische Überlegungen in ihre Analysen einbeziehen (Jessop 2007: 216). Der Staat wird lediglich als Ensemble institutioneller Kompromisse verstanden, die Fragen des Lohn- und Konkurrenzverhältnisses oder der Herausbildung von Konsumnormen sowie der Reproduktion der Arbeitskraft (Aglietta 1987: 26ff.) betreffen. Die Analysen der Regulationstheorie beziehen sich auf Veränderungen der national-staatlichen Interventionen in die kapitalistische Ökonomie, nicht aber auf eine systematische Analyse der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und des damit einhergehenden staatlichen Formwandels (Becker 2003: 63). Nach Bob Jessop herrscht in der französischen Regulationstheorie ein eher institutionalistisches Verständnis des Staates (2007: 217). Die Verfasstheit des Staates als umkämpftes Konfliktfeld (vgl. Kap. 5.5.4) und autoritäre Herrschaftsinstanz (vgl. Kap. 5.5.5) findet lediglich kursorisch Erwähnung. Lipietz versteht den Staat vielmehr als kompakte Einheit denn als durch verschiedene Staatsapparate mit divergierenden Handlungs-rationalitäten bestimmt und verstellt so den Blick auf innerstaatliche Auseinandersetzungen und mögliche Krisen des Staates (vgl. Becker 2002: 87ff.). Jedoch bleibt staatlich vermittelte und umkämpfte Politik die entscheidende Instanz, in der sich die gesellschaftliche Dialektik von Reproduktion und Transformation im Kapitalismus verdichtet.

5.3.3 Der Fordismus als gesellschaftliche Produktions- und Regulationsweise

Die Regulationstheorie analysiert sich verändernde Akkumulations- und Regulationsweisen kapitalistisch verfasster Gesellschaften. Hierbei stellt vor allem der *Fordismus* den zentralen Begriff dar, der grundlegend und schulbildend für die frühe Regulationstheo-

rie war (Boyer 1990: ix).¹⁸⁸ Unter Fordismus wird die Regulationsweise des US-Kapitalismus nach dem Ersten Weltkrieg verstanden, die über den Bereich der genuinen Warenproduktion hinaus auch auf die gesellschaftliche Regulierung der Individuen abzielte (Aglietta 1987: 155ff.).¹⁸⁹

Fordismus als Entwicklungsmodell, dessen zentralen industriellen Prinzipien von dem Automobilhersteller Henry Ford begründet wurden (vgl. Schmidt 2013), bezeichnet für Gramsci und die Regulationstheoretiker_innen den Übergang zur Massenproduktion¹⁹⁰ von Konsumgütern durch die Anwendung des Fließbands innerhalb der industriellen Produktion in den USA Anfang der 1920er Jahre.¹⁹¹ Damit einher geht das gesellschaftliche Projekt, diese neue Produktions- und Konsumtionsweise mit Hilfe zivilgesellschaftlicher und (sozial-)staatlicher Interventionen zu einer neuen Lebensweise und Alltagskultur ideologisch zu verstetigen (Gramsci 2007: 49f.).

Ford konzipierte 1908 mit dem Automobil Ford-T ein standardisiertes Einheitsmodell zu einem erschwinglichen Preis und produzierte es ab 1913 durch die von Frederick W. Taylor übernommene Fließbandarbeit (Taylorismus) (Rosanvallon 2016: 74f.),¹⁹² die 1915 in breitem Maßstab in den Ford-Werken umgesetzt wurde und fortan als Vorbild weiterer Industriebereiche diente (Bieling 2007: 69f.).¹⁹³ Durch die Arbeitsteilung am

188 Im Wesentlichen geht der Begriff auf die Arbeiten des italienischen Marxisten Antonio Gramsci zurück (2007: 49; vgl. Kap. 5.4.3). Der Regulationstheoretiker Michel Aglietta greift den gramscianischen Terminus des Fordismus in den 1970er Jahren wieder auf und fasst darunter vor allem die Produktions- und Entwicklungsweise in den USA zwischen der Mitte der 20er und dem Ende der 60er Jahre des 20. Jahrhunderts (1987: 23).

189 Zum Fordismus vgl. Hirsch/Roth 1986: 46ff.; Schmidt 2013.

190 Die »Massenproduktion stellt eine besondere Form der Rationalisierung dar. Das von dem Nationalökonom Karl Bücher 1910 formulierte »Gesetz der Massenproduktion« besagt, dass die Stückkosten sinken, wenn die Fixkosten auf möglichst große Stückzahlen verteilt werden.« (König 2008: 53)

191 Zum Fließband im Fordismus vgl. Hendrik Ankenbrand: Hundert Jahre Fließband, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 24.03.2013. Gleichzeitig wurde die Fließbandarbeit durch das Vorbild des Fordismus vor allem von der Nazi-Kriegswirtschaft übernommen (Abelshauser 2004: 49f.). Allgemein war Hitler ein großer Bewunderer Henry Fords. Vgl. dazu: Gesche Sager: Henry Ford und die Nazis, in: *Der Spiegel*, 29.07.2008. Das Nazi-Regime wollte das fordistische Produktionssystem vollständig kopieren, so beauftragte Hitler zum Beispiel Ferdinand Porsche, den Volkswagen zu entwickeln.

192 Die Zerlegung der einzelnen Arbeitsschritte durch das Fließband waren Ergebnis des Versuchs der rationalen Arbeitsorganisation und der effizienten Führung in allen menschlichen Tätigkeitsbereichen wie Armeen, Unternehmen und Verwaltung Ende des 19. Jahrhunderts in den USA (Rosanvallon 2016: 74f.). Pierre Rosanvallon verdeutlicht den ideologischen Gehalt des Taylorismus: »Für Taylor lief [...] die ganze Problematik menschlicher Organisation auf eine Frage der Menschenführung hinaus.« (ebd.: 75) Taylor selbst sprach vom Arbeiter als »abgerichtete[n] Gorilla« (zit.n. Gramsci 2007: 71). Zur geschichtlichen Einordnung Taylors für die Industrialisierung vgl. Hobsbawm 1989: 64f.

193 Vgl. auch Henry Fords Autobiographie *Mein Leben und Werk* (2014), die 1922 veröffentlicht wurde und seinen Aufstieg als erfolgreichen Unternehmer nachzeichnet. Bezüglich der Auseinandersetzung mit Henry Fords Unternehmensphilosophie ist es allerdings irritierend, dass in kaum einer kritischen Abhandlung Fords fanatischer Antisemitismus thematisiert oder auch nur erwähnt wird (u.a. Schmidt 2013). Ford förderte auch aktiv die antisemitische Propaganda in den USA, indem er für die Verbreitung der nachweislich gefälschten *Protokolle der Weisen von Zion* in den USA sorgte

Fließband konnte Ford gesteigerte Skalenerträge erzielen und preiswerter als die Konkurrenz produzieren, wodurch Automobile keine Luxusgüter mehr darstellten und der Ford-T enormen Absatz in den unteren Einkommenssegmenten fand. Massenweise rekrutierte Ford unqualifizierte, vor allem migrantische Arbeiter, denen er ab 1914 einen festen Tageslohn anbot, der mit fünf Dollar doppelt so hoch wie der Durchschnittslohn der Konkurrenz war. Hintergrund dieser Lohnpolitik war, dass die eigenen Arbeiter neben ihrer Funktion als Produzenten auch als Käufer/Konsumenten der produzierten Autos fungieren sollten.¹⁹⁴ Ford nahm dadurch die spätere keynesianische makroökonomische Einsicht des gesteigerten Lohns als Nachfrageverstärker (vgl. Heine/Herr 2013: 340) vorweg, allerdings betriebswirtschaftlich, nicht makroökonomisch gedacht.

Der Fordismus als Entwicklungsmodell, wie er sich auch in Deutschland (Abelshauer 2004: 48ff.; 374ff.) und Europa nach dem Zweiten Weltkrieg flächendeckend durchsetzte und bis Ende der 1960er Jahre Bestand hatte, beinhaltet ein *intensives Akkumulationsregime* mit Massenkonsum durch Lohnsteigerungen und preiswert hergestellten Waren innerhalb einer bestimmten unternehmerischen Hierarchie (Bontrup 2011: 183)¹⁹⁵ in Kombination mit einer *Regulationsweise*, die bestimmte Konsumnormen in der Bevölkerung etabliert (König 2008: 9f.). Mit dem Fordismus wurde über die Produktionsebene hinaus erhofft,

»gesellschaftliche Interessenkonflikte sozialtechnisch regulieren zu können. Darüber hinaus sollten die Volkswirtschaften, die Gesellschaften, die Städte und die Menschen analog zu den maschinengesteuerten Prozessen in den Fabriken rationalisiert werden, um eine größtmögliche Effizienz zu erzielen.« (Schmidt 2013: 402)¹⁹⁶

Der Fordismus umfasst vor allem drei Ebenen: *Erstens* bezeichnet er bezüglich der Arbeitsorganisation die monotone tayloristische industrielle Produktionsweise der unqualifizierten zergliederten Fließbandarbeit.¹⁹⁷ Hierbei wurden enorme Produktivitätssteigerungen durch *zweitens* die standardisierte Massenproduktion von langlebigen Konsumgütern (u.a. Autos, Radios, Kühlschränken, Fernsehgeräten und Waschmaschinen)

(Laqueur 2006: 164) und mit *Der internationale Jude* selbst antisemitische Hetzschriften verfasste (Benz 2008: 255). Diese hatten beispielsweise auf Adolf Hitler starken Einfluss und führten zu einer drastischen Zunahme des Antisemitismus in Europa (Laqueur 2006: 164).

194 Bekannt ist diesbezüglich Fords Ausspruch »Autos kaufen keine Autos«. (zit.n. Ulrich van Suntum: Warum sind hohe Löhne schlecht?, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 03.09.2007. Vgl. zur Lohnpolitik auch die Ausführungen Fords in seiner Autobiographie (2014: 103ff.).

195 Die Hierarchie im fordistisch geprägten Unternehmen beinhaltete unterschiedliche Interessensgruppen vom Eigentümer über den Manager hin zum/zur leitenden Angestellten und Arbeitnehmer_in (Bontrup 2011: 183).

196 Kritik am Taylorismus gab es bereits in den 1930er Jahren in den USA durch die Human Relations-Bewegung. Hierbei stand der Aspekt der sozialen Bedingungen und die Kritik an der technischen Orientierung im Vordergrund (Bontrup 2011: 186).

197 In der fordistischen Fabrik wurden sämtliche »Besonderheiten durch Alter, Geschlecht, Herkunft und Ausbildung [...] ausgelöscht, alle Individuen auf dieselbe mechanische Situation reduziert.« (Rosanvallon 2010: 79) Auch Ford selbst gibt zu: »Repetitive Arbeit – die ständige Wiederholung ein und derselben Tätigkeit in ein und derselben Weise – hat für bestimmte Menschen etwas Abscheuliches. Mir wäre es ein grauenvoller Gedanke. Unmöglich könnte ich tagein, tagaus das Gleiche tun.« (2014: 91)

erzielt (vgl. König 2008), die die makroökonomische Basis für ein auf Wachstum ausgerichtetes Akkumulationsregime darstellte. Die Massen*produktion* wurde folglich von einer Massen*konsumtion* begleitet beziehungsweise überhaupt erst ermöglicht. Fordismus als Ausdehnung des inneren Marktes im Sinne der »inneren Landnahme« (Lutz 1989: 186f.) zeichnet sich als Kommodifizierung von weiteren Gebrauchsgegenständen aus, die der Totalität des kapitalistischen Marktes unterworfen wurden (Adorno 1997: 157). Bezüglich der Regulationsweise setzte der Fordismus *drittens* beträchtliche Lohn- und Einkommenssteigerungen durch, wodurch die hergestellten preiswerten Waren auf genug Kaufkraft trafen und entsprechende Absatzmärkte im Inland fanden (Lipietz 1997: 2). Autos, Kühlschränke, Rundfunkgeräte wurden damit zu Waren des Massenkonsums (König 2008: 72ff.), weshalb Joachim Hirsch den Fordismus auch als »gesellschaftliche und ökonomische Grundlage der ›Moderne‹« bezeichnet (2005: 121).¹⁹⁸

Die Nachfrageseite wurde zudem durch gewerkschaftlich erkämpfte Lohnzuwächse und die Ausweitung staatlicher Sozialleistungen gestützt. Der Klassenkonflikt wurde zudem abgemildert durch öffentliche Investitionen, durch die staatliche Schiedsrichterrolle und Moderation in kollektiven Lohnverhandlungen im korporatistischen Dreieck zwischen Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und Staat, durch sozialstaatliche Kompensationszahlungen sowie durch den Ausbau wohlfahrtsstaatlicher Leistungen im Allgemeinen (Cartelier/De Vroey 1988: 83). Durch die Ausweitung des Konsums erfolgte eine Durchkapitalisierung der Gesellschaft, wodurch die vorkapitalistischen Produktions- und Reproduktionsformen mehr und mehr zurückgedrängt wurden.¹⁹⁹ Dabei waren die Folgen der Massenproduktion eine »weitgehende Standardisierung und Normierung des Alltagslebens.« (Hirsch/Roth 1986: 60)²⁰⁰ Institutionell und politisch abgesichert wurde die fordistische Produktionsweise durch ein Gesellschaftssystem, dessen Grundpfeiler einerseits rigide Moral- und Verhaltensvorschriften für die Arbeiter_in-

198 Auch Wolfgang König begreift die Konsumgesellschaft als ein Phänomen des 20. Jahrhunderts (2008: 9).

199 So verschwanden zum Beispiel kleinhandwerkliche Produktionsformen und traditionelle Dienstleistungsberufe zugunsten industrieller Lohnarbeit und kapitalistischer Warenproduktion (Hirsch/Roth 1986: 51).

200 Auch wenn die Analysen der Kulturindustrie von Theodor W. Adorno sich nicht explizit mit dem Phänomen des Fordismus beschäftigten, steht auch hier das Prinzip der »Standardisierung« im Sinne der Kommodifizierung und Entwicklung zur Massenkultur im Mittelpunkt (2003: 142). Die industrielle Massenproduktion von Kulturgütern erfolgt nach Adorno nur noch als Tauschwert für den Markt (ebd.). Die industrielle Massenproduktion von Kulturgütern wirkt sich auch auf den kulturellen Bereich aus: »Kultur heute schlägt alles mit Ähnlichkeit. Film, Radio, Magazine machen ein System aus.« (ebd.: 141)

nenschaft²⁰¹ sowie andererseits die Kleinfamilie als Konsumeinheit mit ihrer spezifisch geschlechtlichen Arbeitsteilung (u.a. unbezahlte Reproduktionsarbeit der Frauen) darstellten (Aulenbacher 2007: 43).²⁰²

Regulationstheoretisch ausgedrückt stellt der Übergang von einem *extensiven* zu einem *intensiven* Akkumulationsregime die entscheidende Grundlage des Fordismus dar, was wirtschaftspolitisch als keynesianische nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik, die sozialstaatlich eingebettet wird, zu verstehen ist. Der Aspekt der Konsumausweitung und sozialstaatlich abgesicherten Lohnsteigerung des Fordismus ist im ideologiekritischen Sinne allerdings auch als hegemoniales Projekt der Vereinnahmung der Arbeiter_innenklasse zu begreifen (Hirsch/Roth 1986: 171),²⁰³ wie auch bereits die US-amerikanische Konsumorientierung während des Systemwettbewerbs des Kalten Krieges den US-Kapitalismus als dem Sowjetkommunismus überlegene Gesellschaftsordnung darstellen sollte (Martschukat 2019: 98).

Zwischen dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der deutschen Einigung etablierte sich durch den Fordismus in der westdeutschen Gesellschaft »eine besondere, durch national spezifische soziale Institutionen geregelte kapitalistische Wirtschaftsordnung [...], die hohe internationale Wettbewerbsfähigkeit mit hohen Löhnen und relativ geringer Ungleichheit von Einkommen und Lebensstandard verband.« (Streeck 1999: 13)²⁰⁴ Für Wolfgang Streeck zeichnet sich dieses besondere »Modell Deutschland« (ebd.: 18) dadurch charakteristisch aus, dass es durch verbindliche Flächentarifverträge und vergleichsweise geringe inländische Lohndifferenzen bestimmt und trotzdem im globalen Wettbewerb international erfolgreich war (ebd.: 15). Einflussreich wurde diesbezüglich der von Michel Albert geprägte Begriff des *Rheinischen Kapitalismus* (1992: 127).

Um unterschiedliche Phasen kapitalistischer Vergesellschaftung sowie die Entwicklung von Produktionsregimen beschreiben zu können, nutzt die Regulationstheorie die zentralen Begriffe »Akkumulationsregime« und »Regulationsweise«, um analytisch zwischen *Fordismus* und *Postfordismus* zu unterscheiden. Akkumulationsregime und Regula-

201 Henry Ford ließ durch seine Soziologische Abteilung das Privatleben der Arbeiter (Eheleben, Sexual- und Trinkverhalten) kontrollieren (Schmidt 2013: 413). Dies zielte auf die Durchsetzung grundlegender allgemeiner Arbeitstugenden wie Fleiß, Ordnung und Pünktlichkeit ab: »Betrieblich wird repressive Herrschaft durch eine strukturelle technische und organisatorische Kontrolle ersetzt. Denn bei diesem Typus des *verberuflichten Arbeitnehmers* wird auf eine gewisse innere Disziplinierung vertraut – und mit psychosozialen Führungstechniken unterstützt.« (Pongratz/Voß 2004: 27) Bereits Gramsci sah darin eine Form der Rationalisierung mit dem Ziel, »einen neuen Menschentyp auszuarbeiten, der dem neuen Typus der Arbeit und des Produktionsprozesses konform ist.« (2012: GH 22, 2069)

202 Der im Fordismus »regulierte Zuschnitt von Erwerbsarbeit [setzte] unausgesprochen ein weiteres Arrangement voraus, die Kleinfamilie mit allenfalls dazu verdienender Ehe- und Hausfrau, welche die volle Verfügbarkeit männlicher Arbeitskraft für Erwerbsarbeit gewährleisten sollte.« (Aulenbacher 2007: 43) Arbeitsteilung im Fordismus ist »nicht zuletzt eine Arbeitsteilung der Geschlechter, die Frauen dominant darauf verweist, den erwerbstätigen Männern in Haushalt und Familie zuzuarbeiten. Es entsteht eine Alltagsform, die durch die bürgerliche Kleinfamilie und eine konsumorientierte Freizeit im modernen Sinne geprägt ist.« (Pongratz/Voß 2004: 27)

203 Bezüglich der Arbeiterbewegungskultur konstatieren Hirsch und Roth: »Die Entfaltung des Fordismus ist die Geschichte ihrer Zersetzung.« (Hirsch/Roth 1986:171)

204 Zur deutschen Wirtschaftsgeschichte seit 1945 vgl. Abelshauser 2004: 60ff.

tionsweise bezeichnen gesellschaftliche und politische Mechanismen, die den Bestand und Wandel von Produktionsverhältnissen im Besonderen sowie Gesellschaftsformationen im Allgemeinen – u.a. Klassen- und Geschlechterverhältnissen – auszeichnen.

Regulationstheoretiker_innen analysieren das jeweilige Stadium des Kapitalismus als Resultat einer langen Welle ökonomischer Expansion und Kontraktion mit einem zugrundeliegenden Akkumulationsregime und einer bestimmten Regulationsweise, die zusammen eine *Entwicklungsweise* ergeben (Becker 2002: 171). Die Stabilität oder Instabilität einer bestimmten herrschenden Entwicklungsweise ist vor allem durch die sozialen Auseinandersetzungen, Konflikte und Kämpfe der gesellschaftlichen und politischen Akteure bestimmt. Krisen einer Entwicklungsweise treten der regulationstheoretischen Sichtweise nach vor allem dann auf, wenn es über einen längeren Zeitraum eine Inkohärenz zwischen Akkumulationsregime und Regulationsweise gibt (Lipietz 1985: 113).²⁰⁵

Unter dem Begriff des *Akkumulationsregimes* wird eine makroökonomische Organisationsweise der Produktion und Konsumtion verstanden, die über viele Jahre politisch und gesellschaftlich reproduziert wird (ebd.: 120). Sie bezieht sich auf die Gesamtheit des Kapitalkreislaufes (Boyer 1997: 7ff.) und wird als ein Ensemble von Regularitäten, die ein allgemeines und relativ kohärentes Wachstum der Kapitalakkumulation sicherstellen, verstanden (ebd.: 9). Neben den Verwertungsbedingungen des Kapitals wird hierunter auch die Strategie der Sicherung der gesellschaftlichen Nachfrage durch Inlands- oder Auslandsmarkterschließung gefasst. Auch Lohnaushandlungsprozesse zwischen Arbeitgeber_innen und Gewerkschaften unter der Ägide des Staates im korporatistischen Sinne (Streeck 1999; vgl. Kap. 5.3.4) gehören zum jeweiligen Akkumulationsregime.

Grundsätzlich kann die Kapitalverwertung – je nach den vorhandenen gesellschaftlichen, politischen und technologischen Gegebenheiten sowie Machtverhältnissen in den industriellen Beziehungen innerhalb der Produktionssphäre (Müller-Jentsch 1997: 9) – durch unterschiedliche Akkumulationsstrategien erfolgen. Bezüglich des Akkumulationsregimes unterscheiden die Regulationstheoretiker_innen zwischen *extensiver*²⁰⁶ und *intensiver*²⁰⁷ Akkumulation (Lipietz 1985: 119ff.).

205 Durch diesen Ansatz können einerseits die unpolitisch erscheinenden ökonomischen Theorien sowie andererseits die Defizite bestimmter marxistischer Theorien zurückgewiesen werden, die die Dynamik der gesellschaftlichen Entwicklung entweder lediglich aus der Kapitallogik ableiten oder als Ergebnis der Strategien der herrschenden Klassen determiniert begreifen (Gerstenberger 2007: 174ff.).

206 Bei der extensiven Akkumulation wird die Akkumulation durch die Erweiterung des Produktionsprozesses bei gleichbleibender technischer Grundlage und damit unveränderten Produktionstechniken aufrechterhalten (Lipietz 1985: 119). Die Produktivitätssteigerung wird hierbei neben der Verlängerung der Arbeitszeit (Heinrich 2006: 314) vornehmlich durch zusätzliche Arbeitskräfte und Ressourcen erzielt, wobei diese sich allerdings durch ausbleibende Kaufkraftsteigerung nicht auf den Konsum der Lohnabhängigen auswirkt (Becker 2002: 67f.). Für Aglietta (1987: 71) bestimmt sich die extensive Akkumulation vor allem durch die Steigerung der absoluten Mehrwertproduktion, also der Steigerung der Mehrwertrate (Marx 1967: 231) über das Absenken der Reallöhne. Die Rolle des Staates begrenzt sich hierbei auf seine Funktion als »Nachtwächterstaat« (Biebricher 2021: 8), d.h. er greift nicht durch Arbeitsschutzgesetzgebung etc. in den Produktionsprozess ein.

207 Die intensive Akkumulation ergibt sich aus der Transformation des Arbeitsprozesses, der Veränderung der jeweiligen vorherrschenden Produktionsnormen und -techniken (Lipietz 1985: 119).

Beide Typen des Akkumulationsregimes gelangten so, wie sie historisch Bestand hatten,²⁰⁸ allerdings durch Marktsättigung an ihre Grenzen und waren durch die Logik des Kapitalismus auf Markterschließung (Dörre 2009: 39ff.) angewiesen. Diese kann generell einerseits durch Exportmärkte im Ausland erfolgen, andererseits durch die Schaffung neuer Märkte im Inland, was Burkhard Lutz als »innere Landnahme« beschreibt (1989: 62). Zu Letzterem zählt die Verwandlung von Gebrauchswerten in Tauschwerte, folglich die Unterwerfung neuer Sphären unter die Wertform (Kommodifizierung). Damit werden immer mehr Gebrauchsgegenstände mit dem Ziel der Warenförmigkeit (Marx 1967: 117) hergestellt und vermarktet, eben *kapitalistisch* produziert und vertrieben (Dörre 2014: 31).

Die Realisierung eines bestimmten Akkumulationsmodells ist allerdings nicht ohne Widerstand von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen hegemonial durchsetzbar und immer daran gebunden, auch die subalternen Kräfte für das jeweilige Projekt einzubinden und zu überzeugen (Hirsch/Roth 1986: 37f.). Dabei fungiert das jeweilige Akkumulationsregime auch als Druckmittel, indem es die Arbeitnehmer_innenschaft zu disziplinieren vermag, da einerseits durch die Möglichkeit der Ersetzung lebendiger Arbeit durch die Automatisierung der Produktion mit Arbeitslosigkeit gedroht werden kann, was die Löhne drückt, sowie andererseits eine Fragmentierung der Arbeitsformen stattfinden kann – wie im gegenwärtigen postfordistischen Gegenwartskapitalismus –, wodurch tarifliche Bindungen der Arbeitnehmer_innen abnehmen und gewerkschaftliche Organisationsmacht erodiert (Deppe 2012: 24ff.).

Der zentrale der Regulationstheorie namensgebende Begriff der *Regulation* fragt nach den institutionellen und gesellschaftlichen Gründen, die ein Akkumulationsregime temporär aufrechterhalten. Er analysiert das konfliktorische Spannungsfeld

Hierdurch wird eine Steigerung der Arbeitsproduktivität bei einer Verminderung der Arbeitszeit erreicht. Marxistisch gesprochen: Die Senkung des Werts der Arbeitskraft wird durch die Entwicklung der Produktivkraft erzielt (Heinrich 2006: 314). Gleichzeitig dient die Ausweitung des Massenkonsums durch einerseits die Transformation der Lohnempfänger_innen in Konsument_innen im Zuge der Erzeugung bestimmter Lebensweisen und materieller Bedürfnisse und andererseits Lohnsteigerungen zur Aufrechterhaltung der Kapitalakkumulation (Aglietta 1987: 71). Genau dies zeichnet die Akkumulationsweise des Fordismus zwischen den 1930er und 1970er Jahren in den OECD-Gesellschaften aus. Der Staat nimmt hierbei eine zentrale Rolle ein, denn um die intensive Akkumulation durchzusetzen, muss er u.a. die Erforschung, Förderung und Subventionierung technischer Innovationen ermöglichen sowie Konsumgewohnheiten und Kaufkraft aufrechterhalten. Zum Staat und zu seiner Rolle als Förderer privatwirtschaftlicher Innovation vgl. Mazzucato 2014; Staab 2019.

208 Es lassen sich grob drei Phasen von Akkumulationsregimen einteilen: Die erste Phase beruhte auf der extensiven Akkumulation im Frühkapitalismus, vor allem der geographischen Ausweitung der industriellen Produktion in die noch durch traditionelle Lebens- und Konsumweisen dominierten Regionen der USA. Die Konsumgüterindustrie entwickelte sich erst allmählich. Der absolute Mehrwert wurde durch lange Arbeitszeiten in einer wettbewerbsorientierten Regulationsweise erzielt, die Lohnquote stieg nicht. Durch weitgehende, nicht marktförmig organisierte ländliche Subsistenz- und Eigenproduktion konnte sich der Massenkonsum nicht entfalten, da der »innere Markt« noch nicht ausgebildet war (Aglietta 1987: 65ff.). Die zweite Phase umfasste das intensive Regime ohne Massenkonsum der 1920er Jahre. Hier bildete sich der Fordismus heraus. Die dritte Phase beruhte auf einem intensiven Regime mit Massenkonsum nach dem Zweiten Weltkrieg und stellte die Blütezeit des Fordismus dar (ebd.: 86).

zwischen Individuum und Gesellschaft, folglich zwischen Handlung und Struktur (Giddens 1988: 213). Hierbei wird der Markt als Ganzes als gesellschaftlich eingebettet (Polanyi 1978: 89) und nicht wie in der Neoklassik vorherrschend isoliert betrachtet (Aglietta 1987: 15). Der Prozess der Regulation bringt den Klassenkonflikt in eine mit der Akkumulation verträgliche Form (Lipietz 1985: 109) und zielt auf die Stabilisierung des Produktionsprozesses (Hirsch 2005: 88). Hierbei bricht das Konzept der Regulation mit Vorstellungen einer mechanistisch wirkenden *unpolitischen* Wirtschaftspolitik. Wirtschaftspolitische Konzepte werden vielmehr als interessengebunden aufgefasst (Becker 2003: 60), als Versuche, in der (Zivil-)Gesellschaft einen hegemonialen Konsens bestimmter sozialer Kräfte und Klassen zu etablieren, der staatliche Wirtschaftspolitik ideologisch absichert.²⁰⁹

Neben dem an dieser Stelle zu vernachlässigenden »Lohnverhältnis« (Aglietta 1987: 18) und dem »Geldverhältnis« (Aglietta 2000: 16) umfasst das Konzept der Regulationsweise zudem den gesellschaftlichen Bereich. Hierbei werden neben den Produktionsverhältnissen auch die Konsumregeln als Ergebnis gesellschaftlicher Normierung aufgefasst (Lipietz 1985: 111). Kapitalistische Herrschaft wird demnach ebenfalls über die »verinnerlichten Normen« der Individuen als Teil der Regulationsweise ausgeübt (ebd.: 112), vor allem über moralische und gesellschaftliche Werte. Die Regulationsweisen bilden die »Gesamtheit von Vermittlungen, die die von der Kapitalakkumulation hervorgerufenen Verwerfungen so eingrenzen, dass sie mit dem sozialen Zusammenhalt innerhalb der Nationen vereinbar sind.« (Aglietta 2000: 11) Sie dienen dazu, den »Zusammenhalt der Gesellschaft [zu] stiften, indem sie gegensätzliche Interessen und eigensinnige Verhaltensweisen von sozialen Gruppen und Individuen mit den Erfordernissen der Kapitalverwertung in Einklang bringen.« (Dörre 2009: 41)

Allerdings vollzieht sich der Prozess der Regulation nicht in funktional gesicherter Form, sondern ist auf Grund der antagonistischen Interessen der sozialen Akteure und der Notwendigkeit der Erschließung neuer Akkumulationsmöglichkeiten grundsätzlich krisenhaft und durch permanente Konflikte innerhalb und zwischen den regulativen Instanzen geprägt (Jessop 2007: 211).²¹⁰ Die Begriffe Akkumulationsregime und Regulationsweise dienen einem holistischen Gesellschaftskonzept, das die Ökonomie in einem integralen Sinne in Bezug zur politischen Regulierung darstellen soll, um der konfliktiven und antagonistischen Natur des Kapitalismus Rechnung zu tragen. Deshalb sind sie auch für eine herrschaftskritische Soziopolitische Bildung hilfreich.

Der Staat stellt dabei diejenige politische Institution dar, die zwar eine wichtige, jedoch keinesfalls die alleinige Rolle im Prozess der Regulation spielt. Die Regulationstheorie betont vielmehr die nicht-staatlichen Elemente im Regulationsprozess, wobei laut Lars Kohlmorgen »zwischen den Begriffen ›Regulierung‹, die das staatliche Wirken

209 Dies zeigt sich u.a. an der Nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik (vgl. Heine/Herr 2013: 593ff.), die die Produktionsverhältnisse unberührt lässt.

210 Christoph Scherrer kritisiert an der französischen Regulationstheorie das Fehlen einer handlungstheoretischen Analyse der sozialen Prozesse, vor allem hegemonialer Prozesse und Auseinandersetzungen gesellschaftlicher Akteure, die eine Regulationsweise maßgeblich prägen. Einige Regulationist_innen neigten dazu, »bei der Verwendung des Begriffspaares Akkumulationsregime und Regulationsweise das alte Basis-Überbau-Schema zu reproduzieren, indem sie dem Akkumulationsregime, und damit der ›Ökonomie‹, Priorität einräumen.« (1995: 468)

beschreibt, und ›Regulation‹ zu unterscheiden [ist], die den gesamten Komplex staatlicher und nicht-staatlicher Formen der Regulation bezeichnet.« (2004: 25) Regulation ist folglich nicht als Prozess ohne steuerndes Subjekt, sondern als durch soziale Kämpfe unterschiedlicher sozialer Klassen bestimmt zu begreifen.²¹¹ Trotzdem kommt dem Staat eine wichtige und zentrale Rolle in der Regulation der gesellschaftlichen Verhältnisse zu. Er bildet das »institutionelle[] Zentrum der Regulation« (ebd.) und garantiert den Prozess der Regulation und institutionalisiert Kompromisse zwischen Kapital und Arbeit (Jessop 2007: 213).

5.3.4 Vom Fordismus zum Postfordismus. Über den Formwandel kapitalistischer Vergesellschaftung

Die Regulationstheorie verortet die Gründe für gesellschaftlichen Strukturwandel vor allem in den politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um die Regulation der Arbeit, hier verstanden im Hinblick auf die Art und Weise des Zugriffs auf die Arbeitskraft und das Arbeitsvermögen der Beschäftigten. Vor allem neuere regulationstheoretische Beiträge konstatieren diesbezüglich, dass sich durch diverse Krisenmomente der 1970er Jahre das Ende der fordistischen Produktions- und Regulationsweise in den westlichen Industrieländern im Zuge der Herausbildung eines neuen Produktionsregimes ab den 1980er Jahren abgezeichnet habe. Dominieren in den (kritischen) Sozialwissenschaften vor allem Begriffe wie »Finanzmarktkapitalismus« (Dörre/Brinkmann 2005) und »Neoliberalismus« (Harvey 2007), um die neue Phase des Kapitalismus der OECD-Gesellschaften ab den 1980ern analytisch zu fassen, hat sich unter regulationstheoretisch argumentierenden Autor_innen der Begriff des Postfordismus etabliert (Kohlmorgen 2004).²¹²

Durch die Analyse der neuen postfordistischen Regulations- und Akkumulationsweise wird die gegenwärtige Arbeitswelt westlicher Industriegesellschaften nicht nur empirisch und theoretisch hinsichtlich des erheblichen qualitativen Wandels der Erwerbsarbeit durch veränderte Produktionsweisen und Arbeitsverhältnisse beschrieben (vgl. Trinczek 2011), sondern auch kritisch im Hinblick auf einen veränderten Zugriff auf das Arbeitsvermögen der Arbeitnehmer_innen untersucht (Dörre 2009: 62). Dabei

211 Dabei beruht die (frühe) Regulationstheorie auf einer klassentheoretischen Verengung im doppelten Sinne: Zum einen werden keine Konflikte innerhalb der einzelnen sozialen Klassen (Klassenfraktionen) gesehen (vgl. Becker 2002: 82f.), zum anderen werden neben der Konfliktlinie Kapital-Arbeit keine weiteren sozialen Konflikte mit in die Analyse einbezogen, etwa Konflikte um Geschlechterverhältnisse oder Ethnizität/Rassismus (Kohlmorgen 2004: 9). Jedoch ist »[d]ie in der patriarchalen Reproduktionsweise durch unentgeltliche Frauenarbeit geleistete Haus- und Familienarbeit [...] Voraussetzung des Akkumulationsprozesses und somit konstitutives Element des (historisch je spezifischen) Akkumulationsregimes, das die moderne Geschlechterungleichheit prägt.« (ebd.: 52)

212 Allerdings ist auch in den kritischen Sozialwissenschaften die Frage umstritten, ob sich in den gegenwärtigen Industriegesellschaften überhaupt eine neue stabile Entwicklungsweise herausgebildet hat, die unter einen Begriff wie Postfordismus subsumierbar ist. Zudem betont der Begriff des Postfordismus lediglich das Ende der Regulationsweise des Fordismus und beschreibt nicht, was das qualitativ Neue sei. Ulrich Beck konstatierte bereits im anderen Kontext: »Post« ist das Codewort für Ratlosigkeit, die sich im Modischen verfängt.« (1986: 12)

wird die Ausdifferenzierung des Arbeitsmarktes im Kontext der *Prekarisierung* und *Flexibilisierung* der Arbeitsverhältnisse durch regulationstheoretische Analysen empirisch erfasst. Flexibilisierung wird hierbei u.a. als unsichtbar gewordene Form der Ausbeutung begriffen (vgl. Kap. 5.6.4).

Anhaltendes Wirtschaftswachstum und sinkende Arbeitslosenzahlen der prosperierenden Nachkriegszeit (vgl. Lutz 1989) waren sowohl in Deutschland (vgl. Abelshauser 2004) als auch den anderen OECD-Ländern (Milanović 2016: 64) nicht von Dauer. Die Krise der fordistischen Produktionsweise setzte Ende der 1960er, Anfang der 1970er Jahre durch den strukturellen Rückgang der Kapitalrentabilität in Kombination mit einer Stagflation ein (Piketty 2014: 178). Abnehmende Wachstumsraten, steigende Massenarbeitslosigkeit sowie zunehmende Staatsverschuldungen waren die Folge (Huffschmid 2002: 119ff.). Ausgeträumt war der »kurze Traum immerwährender Prosperität« (Lutz 1989). Sozialstaatliche Umverteilung konnte nicht mehr aus starken Sozialproduktszuwächsen finanziert werden, die Lohnquote sank ab, wodurch auch die Nachfrage einbrach (Streeck 2013: 109ff.).

In der politisch durchgesetzten Liberalisierung der nationalen Märkte (Altvater/Mahnkopf 2007b: 33f.) sowie der Erschließung von Exportmärkten im Ausland (Scherrer 1999: 315ff.) wurde ein Ausweg aus der strukturellen (Absatz-)Krise des Kapitalismus gesehen. Dies setzte der fordistischen Binnenmarktorientierung ein Ende und multinationale Konzerne aus den Nationalstaaten des Globalen Nordens – vor allem der USA, Japan und der europäischen Länder – versuchten, ihre Waren auf neu erschlossenen Auslandsmärkten abzusetzen (Bieling 2007: 121ff.). Auf Grund des internationalen Lohngefälles (Altvater/Mahnkopf 2007a: 256) nahmen auch die Direktinvestitionen im Ausland zu. Durch die sich hieraus entwickelnde Neue internationale Arbeitsteilung (vgl. Fröbel u.a. 1977) verschoben sich die Zentren der Industrieproduktion – zumindest für arbeitsintensive Konsumgüter – in Länder mit geringeren Lohnstückkosten.

Die Internationalisierung der Produktion verunmöglichte einen keynesianischen Wiederaufschwung durch Stärkung der Konsumnachfrage (Lipietz 1985: 127), denn die »Lohnstückkosten wurden zum grundlegenden Parameter der *internationalen Wettbewerbsfähigkeit* eines nationalen Akkumulationsregimes.« (ebd.) Damit wurde in Deutschland auch das im Rahmen der fordistischen Regulationsweise erzielte Kompromissgleichgewicht zwischen Kapital und Arbeit des *Rheinischen Kapitalismus* beziehungsweise des *Modell Deutschland* durch bröckelnde tarifvertragliche und branchenübergreifende Regelungen sowie »absterbende gewerkschaftliche Konfliktfähigkeit« (Röttger 2004: 156) auf Grund schwindender gewerkschaftlicher Organisationsgrade (Deppe 2012: 108ff.) aufgezehrt.

Dabei war nicht nur die Ausrichtung auf Auslandsmärkte und Direktinvestitionen zentral für die neue Entwicklungsweise, sondern vor allem die Transformation der Produktionsweise in den jeweiligen Nationalökonomien der OECD-Staaten. Durch das enorme Wirtschaftswachstum Japans der 1970er Jahre wurde in den westlichen Industriestaaten auf die japanische Organisationsform der *Lean Production* als »schlanke Produktion« umgestellt (Raphael 2019: 385). In Kombination mit dem Konzept der *Just in Time*-Produktion wurde dieses von dem Autohersteller Toyota entwickelte Produktionssystem ab den 1980er Jahren weltweit zur neuen Doktrin der industriellen Reorganisation (Deutschmann 2002: 45ff.) und begann einen »beispiellosen Siegeszug

als Alternative zum Fordismus, der über den internationalen Automobilbau hinaus auf andere Industrien und den Dienstleistungssektor, insbesondere auch den staatlichen Bereich, übergriff.« (Boyer 1997: 4) Der *Toyotismus* ersetzte den *Fordismus*. Diese neue Produktionsweise – theoretisch erarbeitet und verbreitet in neuen Managementkonzepten (Müller-Jentsch 2007: 93) – begründete die Transformation zum *postfordistischen Entwicklungsregime*, das bis in die Gegenwart Bestand hat.

Das postfordistische Entwicklungsregime zeichnet sich hinsichtlich der Produktionsstruktur durch vier Dimensionen aus: *erstens* durch die *Neue internationale Arbeitsteilung*, *zweitens* durch die *Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse* in der industriellen Produktion sowie im Dienstleistungssektor, *drittens* durch eine *Flexibilisierung* der Arbeit vor allem im Dienstleistungssektor sowie *viertens* durch das Akkumulationsmodell eines *finanzmarktgetriebenen Kapitalismus*.

Die *Neue internationale Arbeitsteilung*, die sich seit den 1970er Jahren etabliert hat und deren Strukturmerkmal vor allem in der Internationalisierung der Produktion in der verarbeitenden Industrie liegt (Fröbel u.a. 1977: 71ff.), gilt als wesentlich für den Postfordismus. Seit den 1980er Jahren erfolgte ein rascher Anstieg ausländischer Direktinvestitionen nun transnational ausgerichteter Konzerne (Bieling 2007: 111ff.). Dabei verstärken die Liberalisierung und Deregulierung der Handelsbeziehungen (Mankiw/Taylor 2020: 592ff.) im Zuge multilateraler Freihandelsabkommen und Institutionen wie dem GATT – und ab 1995 der WTO (Altwater/Mahnkopf 2007a: 396ff.) – die Exportstrategien multinationaler Unternehmen (»emerging markets«) und die Suche nach niedrigeren Lohnstückkosten als in den Herkunftsländern der Mutterkonzerne durch Direktinvestitionen in Länder des Globalen Südens. Neben den exportorientierten Rohstoffsektoren und der Nahrungsmittelindustrie fällt der industriellen Warenproduktion dort eine wichtige Rolle zu (Bieling 2007: 130f.). Dies hat disziplinierende Auswirkungen auf Lohnverhandlungen in den Industriestaaten, denn durch die Produktionsverlagerung in Niedriglohnländer wurde »die Ausweitung der Konkurrenz zwischen den Arbeitnehmern auf Weltmaßstab möglich gemacht.« (Bourdieu 1998a: 100)²¹³

Innerhalb der meisten westlichen Industriegesellschaften zeichnet sich der Postfordismus durch einen fundamentalen Wandel der Produktionsweise und seines Entwicklungsmodells aus. Dieses zielte in Abkehr zur sozialstaatlichen Einbettung des Fordismus ab den frühen 1980er Jahren auf die »Rückkehr zum Markt als primärem wirtschaftlichen Allokationsmechanismus« ab (Streeck 2013: 56).²¹⁴ Die *Prekarisierung* der Arbeits-

213 Lipietz bezeichnet die Entwicklungsweise in den Ländern des Globalen Südens, in die die Direktinvestitionen gehen, als »primitive Taylorisierung« und »peripheren Kapitalismus« (1997: 12), da ihr die für den Fordismus der Industrieländer typischen Merkmale der Lohnsteigerungen, korporatistischen Aushandlungsprozesse und sozialstaatlichen Einbettung fehlt. Daher beruht der Postfordismus der Industriestaaten auf Grund der globalen Lieferketten und die damit einhergehende Gewinnung von Rohstoffen, einfachen Gütern und Vorprodukten bei fehlender sozialer Absicherung und gewerkschaftlicher Vertretung der Produzent_innen auf einem vor-fordistischen Produktionsregime im Globalen Süden.

214 Damit wurden »in den Gesellschaften des Westens zentrale Elemente des Gesellschaftsvertrags des Nachkriegskapitalismus nach und nach aufgekündigt oder in Frage gestellt: politisch garantierte Vollbeschäftigung, flächendeckende Lohnfindung durch Verhandlungen mit freien Gewerkschaften, Mitbestimmung der Arbeitnehmer am Arbeitsplatz und im Unternehmen, staatliche

verhältnisse (Castel 2008: 349)²¹⁵ ist für diese neue Entwicklungsweise grundlegend. Sie beruht auf der Strategie der *extensiven Akkumulation*, d.h. der Fragmentierung der Arbeitsverhältnisse, Senkung der Reallöhne, Ausdehnung der Arbeitszeit und der Abnahme gewerkschaftlicher Organisation. Der Wandel der Arbeit an sich sowie die nachlassende Funktion der Arbeit zur Sozialintegration (vgl. Castel 2008: 14) stellt eine Form der *Re-Taylorisierung* dar (Trinczek 2011: 609), die zu einer »Rekommodifizierung des Arbeitnehmerverhältnisses« (Castel 2011: 140) führt. Diese als »flexible Produktionsweise« (Dörre 2009: 63) bezeichnete Strategie, die sich vor allem in den 1990er Jahren verstärkt in den OECD-Staaten durchgesetzt hat (ebd.), basiert mikroökonomisch betrachtet auf der *Shareholder Value-Orientierung*. Hierbei geht es darum, dass Eigentümer_innen allein den Aktienkurs des Unternehmens und damit die Renditeerwartungen der Aktionär_innen als Unternehmensziel im Fokus haben. Basierte der fordistische Klassenkompromiss noch auf einer Kopplung von Lohn- und Produktivitätsfortschritten, gründet sich der neue Korporatismus auf einer »wettbewerbsorientierten Lohnpolitik«, d.h. auf Lohnzurückhaltung (Röttger 2004: 170) und abnehmende Tarifbindungen.²¹⁶ Diese neue Regulationsweise lässt sich als *Wettbewerbskorporatismus* (Schäfer/Streeck 2008: 204) bezeichnen.²¹⁷

Aus den postfordistischen Akkumulationsstrategien resultierte ein starker Anstieg der Einkommens-²¹⁸ und Vermögensungleichheit (Piketty 2014: 265ff.), des Niedrig-

Kontrolle von Schlüsselindustrien, ein breiter öffentlicher Sektor mit sicherer Beschäftigung als Vorbild für die Privatwirtschaft, universelle, gegen den Wettbewerb geschützte soziale Bürgerrechte, durch Einkommens- und Steuerpolitik in engen Grenzen gehaltene soziale Ungleichheit und staatliche Konjunktur- und Industriepolitik zur Verhinderung von Wachstumskrisen.« (Streeck 2013: 56)

- 215 Der Begriff der Prekarität hat sich seit Robert Castels Analysen zum Wandel der Arbeit (2008) im sozialwissenschaftlichen Diskurs etabliert. Prekäre Arbeitsverhältnisse »umfassen eine Masse von heterogenen Situationen, befristete Verträge [...], Leiharbeit, Teilzeitarbeit und verschiedene Formen »geförderter«, also vom Staat im Rahmen der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit subventionierter Beschäftigung.« (ebd.: 349) Sie stehen im Gegensatz zur Stabilität und Konsistenz des klassischen, »normalen« Beschäftigungsverhältnisses (Vollzeit/unbefristet/versicherungspflichtig). Vgl. Vier von zehn arbeiten atypisch, in: *Böckler-Impuls*, 02/2017 [Autor_in unbekannt].
- 216 Daher sind eine rückläufige Tarifbindung und der Anstieg des Niedriglohnsektors am unteren Rand der Verteilung zusammenhängend. Über 20 Prozent der Vollzeitbeschäftigten arbeiten in Deutschland zu Niedriglöhnen (vgl. Tiefensee/Spannagel 2018). Niedriglohn bezeichnet einen Bruttolohn, der unterhalb von zwei Dritteln des mittleren Bruttolohns liegt.
- 217 In Deutschland dienen niedrige Löhne – d.h. innere Abwertung innerhalb der Währungsunion der EU – dazu, konkurrenzfähig gegenüber den anderen EU-Volkswirtschaften zu sein.
- 218 Bei den Markteinkommen stieg der Gini-Koeffizient von 0,41 auf 0,49, bei den verfügbaren Einkommen von 0,25 auf 0,29 (Tiefensee/Spannagel 2018: 414): »Seit ihrem bislang niedrigsten Niveau in den 1970er Jahren (in der damaligen Bundesrepublik) waren die verfügbaren Einkommen in Deutschland niemals so ungleich verteilt, wie sie es heute sind – und das trotz der aktuell sehr guten konjunkturellen Lage.« (ebd.) Zur Entwicklung der Einkommen und Vermögen in Deutschland vgl. Fratzscher 2016.

lohnsektors und damit der Erwerbsarmut²¹⁹ in den OECD-Ländern (Milanović 2016: 55ff.). Erwerbsarbeit verliert damit ihre soziale Integrationsfunktion. Pierre Bourdieu kommt bereits Ende der 1990er Jahre zu der Erkenntnis: »Prekarität ist überall« (1998a). Aus der ehemals fordistischen und sozialstaatlich eingebetteten deutschen Gesellschaft des »Aufstiegs und der sozialen Integration ist eine Gesellschaft des sozialen Abstiegs, der Prekarität und der Polarisierung geworden.« (Nachtwey 2016: 8)²²⁰ Damit sind auch gegenwärtige Berichte über die geringe Arbeitslosenquote in Deutschland kritisch zu beurteilen,²²¹ denn, wenn überhaupt, »handelt [es] sich [...] um eine prekäre Vollerwerbsgesellschaft« (ebd.: 121).

Für eine Soziopolitische Bildung ist an den regulationstheoretischen Analysen die machtpolitische Komponente zentral: Einerseits hat gerade der deutsche Staat die politisch intendierte Prekarisierung der Arbeit und die damit einhergehenden atypischen Beschäftigungsformen sowie den großen Niedriglohnsektor politisch etabliert (vgl. Kap. 5.3.5), damit deutsche Unternehmen in bestimmten Industriebranchen Wettbewerbsvorteile gegenüber Unternehmen anderer europäischer Länder erzielen können (Dörre 2009: 42). Andererseits führt die Ausdifferenzierung des Arbeitsmarktes im Postfordismus zu einer Verstetigung der Konkurrenz in den Betrieben unter den Beschäftigten, denn die omnipräsente Angst vor dem sozialen Abstieg diszipliniert diese (ebd.).²²² Dabei fungiert zudem das politisch und medial erzeugte Narrativ der »Unterschicht« als kontinuierliches Bedrohungsszenario (vgl. Jones 2012). Prekarisierung ist folglich als Macht- und Kontrollsystem politisch etabliert worden und bildet weiterhin einen zentralen Aspekt des strukturellen Herrschaftsverhältnisses zwischen Kapital und Arbeit.

219 Gegenwärtig leben in Deutschland deutlich mehr Menschen in Armut und Reichtum als zu Beginn der 1990er Jahre, trotz Zunahme der Beschäftigung. Waren 1991 nur etwas mehr als 11 % der Bevölkerung von Armut betroffen, so sind es aktuell 16,8 % (Tiefensee/Spannagel 2018: 416). Zur Erwerbsarmut vgl. Weiter arm, trotz Arbeit, in: *Böckler-Impuls*, 12/2017 [Autor_in unbekannt].

220 Oliver Nachtwey bezeichnet die gegenwärtige paradoxe Entwicklung als »regressive Modernisierung« (2016: 11): Auf der horizontalen Ebene findet eine Liberalisierung statt (u.a. Akzeptanz und rechtliche Gleichheit für Homosexuelle, Frauen, Migrant_innen), auf der vertikalen Ebene hingegen eine ökonomische Deregulierung mit einhergehenden Niedriglöhnen und Erwerbsarmut, wodurch die Gegenwartsgesellschaften hinter »das in der sozialen Moderne erreichte Niveau an Integration zurückfallen.« (ebd.: 75) Andreas Fisahn bezeichnet den selben Sachverhalt als »repressive[] Toleranz im Neoliberalismus.« (2022: 18) Toleranz auf der rechtlichen Ebene wird verbunden mit Repression in der Sozialpolitik (u.a. durch die Hartz-IV-Gesetze) und der Sicherheitspolitik (u.a. durch den Ausbau eines Überwachungsstaates, ein repressiveres Strafrecht) (vgl. Kap. 5.7.6).

221 Sowohl die Bundesregierung als auch die Wirtschaftslobby versuchen den Beschäftigungszuwachs der vergangenen Jahre in Deutschland als Erfolg und Wohlstandsgewinn darzustellen. Dazu gehören Kampagnen des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie, bei der in Zeitungen, Zeitschriften und auf Plakatwänden im öffentlichen Raum der Slogan »So viele Menschen in Arbeit wie nie zuvor – Danke, Deutschland« zu sehen war. Vgl. DGB (2012): *Arbeitsmarkt aktuell*, https://www.sozialpolitik-aktuell.de/files/sozialpolitik-aktuell/_Politikfelder/Arbeitsmarkt/Dokumente/Licht%20und%20Schatten.pdf [abgerufen am 12.12.2021].

222 Für Bourdieu ist Prekarität »Teil einer neuartigen Herrschaftsform, die auf der Errichtung einer zum allgemeinen Dauerzustand gewordenen Unsicherheit fußt und das Ziel hat, die Arbeitnehmer zur Unterwerfung, zur Hinnahme ihrer Ausbeutung zu zwingen.« (1998a: 100)

Die Flexibilisierung der Arbeitswelt (vgl. Sennett 1998) stellt eine weitere Komponente des Postfordismus dar, die sich vor allem im Dienstleistungssektor bei den höher qualifizierten Beschäftigten manifestiert. Sie zielt aus Unternehmenssicht auf das Aufbrechen starrer Arbeitsorganisation und etabliert Unternehmenskonzepte wie selbstbestimmte Arbeitszeiten sowie Team- und Projektarbeit, was auf eine Entgrenzung von Arbeits- und Freizeit sowie die Transformation von Fremdherrschaft in Selbstkontrolle – also indirekte Steuerung – hinausläuft (vgl. Kap. 5.6.4).

Allerdings verbleibt die Akkumulation im postfordistischen Entwicklungsregime nicht auf die Realwirtschaft und den Dienstleistungssektor beschränkt. Sie weitet sich auf die Sphäre der Finanzmärkte aus, die in den letzten Jahrzehnten liberalisiert wurden (Huffs Schmid 2002: 127ff.). Was Sozialwissenschaftler_innen begrifflich in der Regel als *Finanzmarktkapitalismus* (u.a. Dörre/Brinkmann 2005) fassen,²²³ wird von Aglietta und der Regulationstheorie als *finanzmarktgetriebenes Akkumulationsregime* (2000: 94)²²⁴ kategorisiert. Dieses zeichnet aus, dass es *erstens* für die postfordistische Produktionsweise im Rahmen der flexiblen Produktion neue Finanzprodukte zur Unternehmens(vor-)finanzierung bereitstellt (Dörre/Brinkmann 2005: 87), es *zweitens* – und das stellt das eigentlich spezifisch Neue dar – selbst den institutionellen Ort der Kapitalakkumulation und damit der Profitgenerierung ausmacht, meist ohne direkte Verbindung zur Realwirtschaft. Für Aglietta hat sich damit ein »Akkumulationsregime des Vermögensbesitzers« (2000: 94) durchgesetzt. Durch diese Entwicklung werden »immer größere gesellschaftliche Bereiche marktförmigen Steuerungslogiken und Finanzkalkülen überlassen« (Dörre/Brinkmann 2005: 86).

Auch wenn das genannte neue Produktionsmodell sich nicht flächendeckend in allen Industriestaaten und Branchen durchgesetzt hat, »prägt es [dennoch] das Gesicht der nachfordistischen Arbeitsgesellschaft« (Dörre 2003: 7) und kann als Inbegriff einer neuen Entwicklungsweise des Gegenwartskapitalismus verstanden werden.²²⁵ Der Postfordismus bietet daher den »Nachweis, dass sich die Machtspiele und Spielregeln im öko-

223 Finanzmarktkapitalismus bezeichnet »eine besondere kapitalistische Formation. Diese verbindet einen Modus der Kapitalakkumulation, der auf einer relativen Dominanz von finanziellem Anlagekapital beruht, mit flexibel-marktzentrierten Produktionsmodellen [...], die Marktförmigkeit, Eigenverantwortung und Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Solidarprinzip priorisieren.« (Dörre 2009: 41f.)

224 François Chesnais spricht diesbezüglich vom »finanzdominierten Akkumulationsregime« (2004: 218). Darunter versteht er, »dass jene Form des Kapitals, die als finanzielle Kapitalanlage verwertet wird und von den Unternehmensgewinnen lebt, die dominante Fraktion des Kapitals darstellt, also jene Fraktion, die über Formen und Rhythmen der Akkumulation bestimmen kann.« (ebd.) Zur Politischen Ökonomie der Finanzmärkte vgl. grundlegend Huffs Schmid 2002.

225 Durch die Betrachtung der historischen Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise hin zum Postfordismus lassen sich auch historisch unterschiedliche Typen von Arbeitskraft differenzieren. Pongratz und Voß (2004: 26) unterscheiden drei Typen von Arbeitskraft: Erstens den proletarisierten Lohnarbeiter (Frühindustrialisierung: rohes Arbeitsvermögen, rigide direkte Kontrolle der Arbeit, harte Ausbeutung, kein sozialer Schutz), zweitens den »verberuflichten« Arbeitnehmer (Fordismus: standardisierte Qualifikation, rudimentäre Arbeitstugenden, verwissenschaftlichte, strukturelle Kontrolle der Arbeit, gedämpfte Ausbeutung, hoher staatlicher Schutz), drittens den »verbetrieblichten« Arbeitskraftunternehmer (Postfordismus: individualisierte Qualifikationen, systematische Selbstkontrolle der Arbeit, Selbstausbeutung, unklarer sozialer Schutz).

nomischen Feld qualitativ verändern.« (ebd.: 16) Zentral für die postfordistische Regulationsweise ist aus politischer Sicht der »marktzentrierte[] Kontrollmodus«, durch den »die Versachlichung von Zwang und die Anonymisierung von Herrschaft« dominierend wird (Dörre/Brinkmann 2005: 108). Das Problem hierbei ist, dass »[w]o der Markt die Ziele vorgibt, [...] die Verantwortung von Eigentümern und Managern erloschen« (ebd.) scheint.

5.3.5 Zur Transformation von Staatlichkeit im Postfordismus

Wie bereits in den Kapiteln 4.1 und 5.2.5 argumentiert, greift die im Alltag, im medialen und politischen Diskurs sowie auch in Teilen der (kritischen) Sozialwissenschaften konstatierte Gegenüberstellung von *Markt* und *Staat* zu kurz. Markt und Staat stehen sich nicht durch verschiedene Funktionslogiken gesteuert gegenüber, sondern sind durch einen gegenseitigen Vermittlungszusammenhang geprägt. Dies bedeutet einerseits, Märkte werden überhaupt erst politisch-institutionell hergestellt und sind als soziale Ordnungen (Beckert 2018: 157) durch den Staat reguliert. Marktprozesse sind demnach *immer* staatlich eingebunden. Andererseits ist wiederum »der Staat [...] selber integraler Bestandteil kapitalistischer Produktionsverhältnisse.« (Hirsch 2005: 140f.) Staaten formen überhaupt erst die institutionelle Form der Wirtschaft und der jeweiligen Entwicklungsweisen, auch im globalen Kontext.

Die Globalisierung führt dabei nicht zur Auflösung von Staatlichkeit und wirtschaftspolitischer Steuerungsfähigkeit nationalstaatlich verfasster Ökonomien (Becker 2002: 11f.). Regulationstheoretisch argumentierende Autor_innen konstatieren, dass sich der Staat auch im »neuen Marktregime« des Neoliberalismus keinesfalls »in Ökonomie auflösen« werde (Röttger 2004: 167), sondern seine *Formen*, *Funktionen* und *Ziele* transformiert. Hierbei verändert sich vor allem »das *Verhältnis* von ›Staat‹ und ›Kapital‹ und die *Bedeutung*, die Staaten im kapitalistischen Akkumulations- und Verwertungsprozess haben.« (Hirsch 1995: 102) Grundlegend ist die regulationstheoretische Erkenntnis, dass »die Veränderung von Staatlichkeit immer nur Ausdruck der Veränderung von gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen sein kann.« (Röttger 2004: 172f.) Dies umfasst auch die ständigen Transformationsprozesse innerhalb der Produktionsverhältnisse (Wissel 2015: 52).

Regulationstheoretisch inspirierte Sozialwissenschaftler_innen, die staatstheoretische Überlegungen in ihre Analysen integrieren, konstatieren nicht nur einen Übergang vom Fordismus zum Postfordismus, der sich im Wandel der Regulationsweise manifestiert, sondern zudem eine *Transformation des Staates* und eine Veränderung seiner »Leitbilder« (Bieling 2009: 235).²²⁶ In den Leitbildern geht es darum, in welcher Form, mit welchen Funktionen und mit welchen Zielen der Staat die jeweilige intendierte Entwicklungsweise durchsetzen soll.

226 Für Bieling kann von »einem Leitbildwandel [...] dann gesprochen werden, wenn vor dem Hintergrund eines veränderten gesellschaftlichen Problemhorizonts politische Zielsetzungen grundlegend neu definiert werden.« (2009: 235) Die Leitbilder sind politisch »umkämpft« und konkurrieren »insbesondere in Krisenzeiten« untereinander (ebd.).

Grundlegendes Merkmal der neuen Regulationsweise des Postfordismus ist die »Ablösung der staatsinterventionistisch-korporatistischen Regulierung des Fordismus durch eine Intensivierung der Markt- und Konkurrenzbeziehungen. Durch Deregulierung, Privatisierung und den Abbau tarifvertraglicher Übereinkünfte werden neue Konkurrenzverhältnisse und damit eine extensive Akkumulation staatlich etabliert.«²²⁷ Diesbezüglich finden divergierende Begrifflichkeiten durch unterschiedliche Autor_innen Verwendung, um die veränderten Leitbilder des Staates und die qualitative Veränderung von Staatlichkeit sowie staatlicher Herrschaft analytisch zu fassen. Hans-Jürgen Bieling (2009), dem an dieser Stelle gefolgt wird, begreift die (idealtypische) Entwicklung des Staates der OECD-Volkswirtschaften vom Fordismus zum Postfordismus als Abfolge vom *keynesianischen Wohlfahrtsstaat* zum *schlanken Wettbewerbsstaat* und zum *aktivierenden Staat* sowie *Gewährleistungsstaat*.

Der keynesianische Wohlfahrtsstaat als fordistischer Sicherheitsstaat (Sozialkorporatismus der späten 1960er und frühen 1970er Jahre)

In den meisten westlichen Industrieländern lässt sich der Staat zwischen den 1960er und den 1970er Jahren analytisch sowohl als Leitbild als auch als politische Realität als in die Ökonomie, Konjunktur und Sozialstruktur eingreifender *keynesianisch geprägter Wohlfahrtsstaat* fassen (Jessop 2002: 55). Ordnungspolitisch war er in das Nachkriegs- und Weltwährungssystem der Bretton-Woods-Institutionen eingeschrieben (vgl. Kap. 5.4.4). Die Regulationsweise wurde politökonomisch als »eingebetteter Liberalismus« (John Ruggie) verstanden. Diese *fordistische* Regulationsweise beruhte auf einem sozialdemokratischen Staat, der sich durch ökonomische und sozialstaatliche Interventionen auszeichnete²²⁸ sowie auf der Existenz umfassender gesellschaftlicher Großorganisationen wie Gewerkschaften und Unternehmerverbände, bürokratischer Massenparteien und weiterer Interessensorganisationen (Röttger 2004: 164f.). Der Staat setzte damit auf intensive Akkumulation. Für einige Sozialwissenschaftler_innen stellt dieses »Gesellschaftsmodell der westeuropäischen Nachkriegsepoche [...] [das] Ergebnis des Versuchs einer doppelten Versöhnung [dar]: zwischen Demokratie und Kapitalismus und zwischen Arbeit und Kapital.« (Schäfer/Streeck 2008: 205)²²⁹ Der fordistische Staat versuchte, die kapitalistischen Marktprozesse durch zentralisierte Verhandlungen zwi-

227 Zur Deregulierung vgl. Im Strudel der Deregulierung, in: *Böckler-Impuls*, 02/2014 [Autor_in unbekannt].

228 Ökonomische und soziale Krisenprozesse, ausgelöst durch die Konjunkturkrise von 1967, verhalf dem Konzept der Globalsteuerung von Karl Schiller zum Durchbruch. Erstmals betrieb der Staat eine aktive Konjunktursteuerung, wohlfahrtsstaatliche Leistungen wurden ausgeweitet. Zu diesem Leitbild gehörten auch die Bildungsexpansion und der Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung (Bieling 2009: 236).

229 Nach dem Zweiten Weltkrieg dominierte die Auffassung, dass eine liberale kapitalistische Weltwirtschaftsordnung durch Institutionen einzuhegen sei, wenn sie mit demokratischen gesellschaftlichen Organisationsformen in Einklang gebracht werden sollte. Dazu gehörten zum einen die politische Kontrolle und Gestaltung der internationalen Währungs- und Finanzbeziehungen (Hufschmid 2002: 240ff.), zum anderen wohlfahrtsstaatliche und korporatistische Institutionen des sozialen Interessenausgleichs (vgl. Streeck 1999).

schen Arbeitgeber_innen und Gewerkschaften politisch zu steuern (Hirsch 2005: 119).²³⁰ Hierbei war das System des *Korporatismus*²³¹ grundlegend, das in Deutschland seine besondere Ausgestaltung im *Tripartismus* beziehungsweise *Sozialkorporatismus* fand (Schäfer/Streeck 2008: 205) und begrifflich auch als *Sozialpartnerschaft* zwischen Kapital und Arbeit gefasst wird (Abelshauser 2004: 358). Wolfgang Streeck sieht als »Ergebnis dieser Entwicklungen [...] eine kapitalistische Marktwirtschaft, [...] die durch eine große Vielfalt von Institutionen tief organisiert und streng reguliert war« (1999: 17).²³²

Dabei war der fordistische Staat *Sicherheitsstaat*, »Sicherheitsstaat im doppelten Sinne des Wortes: als ›Wohlfahrts-‹ und als bürokratischer ›Kontroll- und Überwachungsstaat« (Hirsch 2005: 119). Als *interventionistischer Wohlfahrtsstaat* sollte er soziale Sicherheit bieten und griff dafür in das Marktgeschehen und die Verteilungsverhältnisse ein (Piketty 2014: 633). Durch das System des Korporatismus und das formale Lohnverhältnis wurden die Gewerkschaften zur Akzeptanz des Kapitalismus als Wirtschaftssystem angehalten (Streeck 1999: 17),²³³ damit der bewusste Klassenkampf aufgelöst und bürgerliche Klassenherrschaft bewahrt werden konnte. Joachim Hirsch und Roland Roth verstehen dies als ›Revolution von oben‹, da die Arbeiter_innenklasse zwar in den politischen Herrschaftsapparat einbezogen und dort fest verankert wurde, sie jedoch dadurch ihrer Klassenautonomie und Streikmacht beraubt wurde (1986: 72). Als *Kontroll- und Überwachungsstaat* zeichnete sich der fordistische Staat wiederum durch einen hohen Grad an zentralisierter Normierung und Steuerung, eine fortschreitende ›Durchstaatlichung‹ vieler Lebensbereiche und ein erhebliches Maß an bürokratischer, partei- und verbandsmäßiger Kontrolle der Lebensweisen, des politischen Verhaltens, der Interessensartikulation und der Interessensdurchsetzung aus (Hirsch 2005: 119).

230 In Deutschland diente hierfür auch die Konzertierte Aktion. Hauptziel der Konzertierten Aktion von 1967 war es, auf eine stabilitätsorientierte Lohnpolitik hinzuwirken, ohne die in der Verfassung verbürgte Autonomie der Tarifvertragsparteien anzutasten. Zur Konzertierten Aktion vgl. Abelshauser 2004: 412f.

231 Korporatismus bezeichnet die institutionalisierte Einbindung der Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen in die staatliche Wirtschafts- und Sozialpolitik. Dadurch erfolgten staatliche Politiken und gesellschaftliche Regulierungsprozesse auf mehr oder weniger formell ausgehandelten Kompromissen im ›institutionellen Dreieck‹ von Gewerkschaften, Unternehmerverbänden und Staat (Hirsch/Roth 1986: 72). Hierzu gehörten vor allem korporative Regulierungsversuche im Bereich der Sozialpolitik und der Ausbau des Wohlfahrtsstaates. Dieser Sozialkorporatismus der 1960er und 1970er Jahre war insgesamt in eine Politik der keynesianischen Makrosteuerung eingebettet mit einer expansiven und produktivitätsorientierten Lohnpolitik. Zum Begriff des Korporatismus vgl. Schäfer/Streeck 2008: 206; zur Entwicklung des Korporatismus vgl. Abelshauser 2004: 352ff.

232 Dies sieht Streeck Ende der 1990er Jahre darin begründet, dass weite Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, »wie etwa Gesundheitsfürsorge, Bildung und Sozialversicherung [...], nicht nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen geregelt« (1999: 18) waren.

233 Dabei beruhte die »Legitimation dieses politischen Systems [...] auf seiner Fähigkeit, auf Grundlage eines beständigen wirtschaftlichen Wachstums materielle Verteilungspolitiken zugunsten fast aller gesellschaftlicher Schichten zu betreiben.« (Hirsch 2005: 119)

Der Übergang zum nationalen Wettbewerbsstaat (Wettbewerbskorporatismus der 1980er bis Mitte der 1990er Jahre)

In den späten 1970er Jahren entwickelte sich zunehmend Kritik am (keynesianisch geprägten) Wohlfahrtsstaat. Nicht nur durch die ökonomische Krise der 1970er (u.a. Stagflationskrise), sondern auch durch diskursive Strategien angebotsorientierter beziehungsweise marktradikaler gesellschaftlicher Kräfte wurde der keynesianische Wohlfahrtsstaat und der ihm zugrundeliegende Korporatismus delegitimiert (Schäfer/Streeck 2008: 210). Der Erfolg der Delegitimierung zeigte sich darin, dass politisch das hegemoniale Projekt eines *neoliberalen Wettbewerbsstaates* (Bieling 2007: 236) zivilgesellschaftlich durchgesetzt wurde. Dabei wurden sowohl der Wohlfahrtsstaat als auch die lohnpolitisch starken Gewerkschaften und eine angebliche Überregulierung der Arbeitsmärkte als Verursacher der Stagflation dargestellt.²³⁴ Dies läutete das Ende der »korporatistischen sozialdemokratischen Hegemonie« (Streeck 2008: 210) ein. Ersetzt wurde sie durch das neue Leitbild des »Wettbewerbskorporatismus« (Schäfer/Streeck 2008: 204), der vor allem in den 1990er Jahren (in Deutschland) auf die Steigerung nationaler Wettbewerbsfähigkeit im Kontext globalisierter Standortkonkurrenz abzielte.²³⁵ Bezüglich der Reaktion auf den Prozess der wirtschaftlichen Globalisierung dominierte die Standortdiskussion die politische Auseinandersetzung und wirtschaftspolitische Diskussion um die Gestaltung der politischen Rahmenbedingungen der Volkswirtschaft.

Aus regulationstheoretischer Sicht konzentrierte sich die staatliche Politik konkurrenzbedingt darauf, dem global agierenden Kapital u.a. in Form von transnationalen Unternehmen, einen attraktiven Standort für Direktinvestitionen mit günstigen und profitträchtigen Verwertungsbedingungen zu schaffen. Der Staat etablierte daher ein extensives Akkumulationsregime. Hirsch prägte diesbezüglich den Begriff des »nationalen Wettbewerbsstaats« (1995: 103) als neuen postfordistischen Typ des kapitalistischen Staates im Zeitalter der neoliberalen Globalisierung. Sein Leitbild zielt vor allem auf die Gewährleistung von Marktzugängen und die Errichtung von Investitionsstandorten für transnationale Unternehmen ab. Dabei fokussiert sich der Staat nicht mehr auf den Schutz »nationaler« Industrien, »sondern die aktive Gewährleistung der globalen Konkurrenzfähigkeit ausgewählter Sektoren, Marktliberalisierung in Verbindung mit einer auf unternehmerisches Investitionsverhalten gerichteten »Angebotspolitik« (ebd.: 107). Deregulierungs- und Privatisierungsprozesse²³⁶ sind staatlich als neue Formen der Regulierung durchgesetzt worden und stellen eine Ablösung der »monopolistischen«,

234 Zudem war der Staatsapparat der Deutschen Bundesbank Mitte der 1970er Jahre auf eine relativ strikte Antiinflationpolitik eingeschwenkt, was eine keynesianische Nachfragestimulierung erschwerte, wenn nicht sogar unmöglich machte (Stützle 2014:156).

235 Wettbewerbskorporatismus wird eine spezifische Form des Korporatismus genannt, »die sich im Zeichen der Globalisierung herausbildet und – wie der Neoliberalismus – die Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit des Wirtschaftsstandortes zum strategischen Dreh- und Angelpunkt macht, aber im Unterschied dazu nicht auf Konfrontation, sondern auf Kooperation mit den Gewerkschaften als volkswirtschaftlichen Akteuren setzt.« (Schäfer/Streeck 2008: 204)

236 Von 1982 bis in die Gegenwart trennte sich der Bund von rund 90 Prozent seiner unmittelbaren oder mittelbaren staatlichen Beteiligungen (Engartner 2021: 10). Unternehmen wie Deutsche Bundespost, Deutsche Bundesbahn, Deutsche Lufthansa gehörten einst vollständig dem Bund und

d.h. staatsinterventionistisch-korporatistischen Regulierung des Fordismus dar. Diese bewirken eine Intensivierung der Markt- und Konkurrenzbeziehungen.

Das neue Leitbild des Staates bestand darin, dass sich der Staat auf seine unmittelbaren Kernaufgaben zu konzentrieren habe²³⁷ mit den Zielen der individuellen Selbstverantwortung, den Selbstheilungskräften des Marktes und der Privatinitiative des freien Unternehmertums, der »unnötigen wirtschafts- und sozialpolitischen ›Ballast‹ abwirft« (Bieling 2009: 237), weshalb er auch als »schlanker Wettbewerbsstaat« bezeichnet wird (ebd.).²³⁸ Arbeits- und sozialpolitische Flexibilisierung und Deregulierung sowie Entstaatlichung waren zentrale Referenzpunkte der seit den 1980er Jahren praktizierten politischen Reorganisationsstrategie. Das Staatsziel bestand nicht mehr im Zeichen der aktiven Bekämpfung sozialer Ungleichheiten, Unsicherheiten und Ausgrenzungen, sondern in der gesteigerten internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Dies bedeutete die Zerstörung des Tarifsystems und der Flächentarifverträge, die mit verbindlichen Standards die Arbeits- und Einkommensbedingungen regelten (Dörre 2009: 75) und die Reduzierung der Unternehmenssteuern (Liebert 2011: 79ff.). Hieraus resultierte einerseits die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes sowie andererseits die bis heute zunehmende Staatsverschuldung (Streeck 2013: 98).²³⁹

Allerdings dauerte es mehr als ein Jahrzehnt, bis sich das neue Leitbild des »schlanken Staates« durchsetzte, da wohlfahrtsstaatliche Institutionen, korporatistische Netzwerke, das föderale System und gewerkschaftlicher Protest (Deppe 2013: 32ff.) seine volle Entwicklung erschwerten. Erst Mitte der 1990er Jahre beschleunigte sich die Transformation zum *schlanken Staat*, ermöglicht durch das neue und erfolgreiche ideologische arbeitspolitische Leitziel der *Aktivierung*.

Der Staat als aktivierender Staat: From Welfare to Workfare (1990er Jahre)

In den 1990er Jahren erhielt die neue Argumentationsfigur des »Reformstaus« Einzug in die politische Debatte (Bieling 2009: 238). Hierdurch konnte die Idee vom *aktivierenden Staat* immer mehr Anhänger_innen gewinnen. Zeichneten sich die 1980er Jahre noch durch das neoliberale Leitbild des »schlanken Staates« aus, sollte das zentrale Leitbild der 1990er Jahre das des aktivierenden Staates werden (Opielka 2008: 96).²⁴⁰ Dies manifes-

wurden (teil-)privatisiert. Zur Privatisierung in Deutschland vgl. Engartner 2021; Tim Engartner: Der Staat macht es lieber privat, in: *Der Freitag*, 26.01.2017.

237 Hierzu zählte die Garantie von Eigentumsrechten, die Ermöglichung und Förderung des Wettbewerbs sowie die Organisation der inneren und äußeren Sicherheit (Bieling 2009: 237)

238 Gestützt auf die Projekte der Verwaltungsmodernisierung, also des New Public Management, wurde das Leitbild des schlanken Staates zwischen den 1980er bis Mitte der 1990er Jahre in Anlehnung an die populären Konzepte der lean production und des lean managements formuliert (Bieling 2009: 237). Für Streeck fand hierdurch eine Transformation der keynesianischen politisch-ökonomischen Institutionen des Nachkriegskapitalismus hin zu einem »neohayekianischen Wirtschaftsregime« (2013: 27) statt, da möglichst viele ökonomische Bereiche auf Marktförmigkeit statt staatlicher Organisation umgestaltet wurden.

239 Wie Streeck verdeutlicht, sind »nicht zu hohe Ausgaben [...] Ursache der Staatsverschuldung, sondern zu niedrige Einnahmen.« (2013: 98) Hieraus resultiert auch die staatliche Finanzkrise der Gegenwart.

240 Zum aktivierenden Sozialstaat vgl. Aktivierung heißt das Leitbild, in: *Böckler-Impuls*, 03/2011 [Autor_in unbekannt].

tierte sich u.a. in Begrifflichkeiten wie »Fordern und Fördern«, wodurch Ansprüche auf sozialpolitische Leistungen verstärkt an die Erfüllung von Pflichten durch die potenziellen Leistungsempfänger_innen geknüpft werden (Nachtwey 2016: 96). Die politische Regulierung von Arbeit im Postfordismus kann begrifflich als »From Welfare to Workfare« oder »Aktivierung« gefasst werden (Opielka 2008: 95).²⁴¹ Aktivierung zielt auf die verstärkte und auf Eigeninitiative basierende Bereitschaft, sich eine neue Arbeitsstelle zu suchen und die eigene Beschäftigungsfähigkeit (employability) durch Weiterqualifizierung sowie die Nutzung von Beschäftigungsmaßnahmen zu verbessern (Trinczek 2011: 608). Zudem wurde die Staatsquote gesenkt (ebd.), der Anteil der Staatsausgaben im Verhältnis zum BIP. Die postfordistische Regulationsweise stellt dadurch den Warencharakter der Arbeitskraft wieder her und löst die Grundlage des fordistischen Staatsmodells, die sozialstaatliche Abfederung durch Arbeit, auf (Nachtwey 2016: 98ff.).

Auf Grund der Neuausrichtung in der Sozial- und Beschäftigungspolitik erfolgte eine starke Ausdifferenzierung der Lohnarbeiter_innenschaft (Niedriglohnsektor und Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen) (Atzmüller 2013: 159f.), die gerade politisch intentional etabliert wurde (Trinczek 2011: 608). Workfare stellt demnach ein politisches Projekt dar, unter Bezugnahme auf angeblich wirtschaftspolitische Zwänge und Erfordernissen im globalen Standortwettbewerb die Ausweitung prekärer und atypischer Beschäftigungsverhältnisse²⁴² sowie die Etablierung eines großen Niedriglohnssektors zu legitimieren (Atzmüller 2013: 159f.). Es fand seinen vorläufigen Höhepunkt in der Agenda-Politik Gerhard Schröders (Butterwegge 2006: 314ff.)²⁴³ (weiteres zum *aktivierenden Staat* vgl. Kap. 5.5.5, Kap. 5.6.4).

Aus machtkritischer Perspektive handelt es sich bei der postfordistischen Rekonfiguration der Produktionsweise um einen »Gestaltwandel gesellschaftlicher Kontrollpraxen« (Dörre 2009: 62). Dabei sind staatliche Interventionen – wie die aktivierende Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik mit ihren Instrumenten des Förderns und Forderns – ausgestattet mit der Sanktionsmacht strenger Zumutbarkeitsregeln und verstärken den disziplinierenden Druck der Prekarisierung (ebd.).²⁴⁴ Folglich handelt es sich bei dem akti-

241 Bop Jessop fasst den Staat der postfordistischen Regulationsweise begrifflich als »schumpeterischen Leistungsstaat« (2007: 224). Dieser zielt vor allem auf Arbeitsmarktflexibilität (Jessop 2002: 138).

242 Leiharbeit war bis 1972 gänzlich verboten, wurde danach streng reguliert. Befristungen von Arbeitsverträgen waren bis 1985 nur unter strengen Auflagen möglich (Nachtwey 2016: 23). Dies wurde im Zuge der Agenda 2010 gelockert und teilweise aufgehoben (Butterwegge 2006: 189ff.).

243 So ließ Bundeskanzler Gerhard Schröder 2005 auf dem Wirtschaftsforum in Davos verlauten: »Wir müssen und wir haben unseren Arbeitsmarkt liberalisiert. Wir haben einen der besten Niedriglohnsektoren aufgebaut, den es in Europa gibt.«, (zit.n. http://gewerkschaft-von-unten.de/Rede_Davos.pdf [abgerufen am 12.06.2021]). Nach Auffassung marktorthodoxer Ökonomen seien die Reformen nötig gewesen, »um die ›deutsche Krankheit‹ überregulierter Arbeitsmärkte und ausufernder Sozialstaatlichkeit zu besiegen.« (zit.n. Dörre 2014: 25)

244 Die Disziplinierung zeigt sich besonders deutlich am Hartz-IV-System: »Es ist von der Politik so gewollt: Für Hartz-IV-Schummler gilt der allgemeine Betrugsparagraf des Strafgesetzbuchs in voller Härte. Wobei noch verschärfend hinzukommt, dass die Gerichte bei einer Hartz-IV-Leistung, die jeden Monat auf Konto kommt, von ›gewerbsmäßigem Betrug‹ ausgehen. Strafrahmen: sechs Monate bis zu zehn Jahre Haft. Steuerbetrüger hingegen werden vor den Härten des allgemeinen

vierenden Staat um ein »Kontroll- und Disziplinierungsregime« (Dörre 2014: 36), das die postfordistische Arbeitsgesellschaft im Sinne des *Workfare* überhaupt erst konstituiert.

Gewährleistungsstaat

(Krisenkorporatismus der späten 1990er bis in die Gegenwart)

Neben dem Leitbild des *aktivierenden Staates* wurde von partikularen sozialen Kräften ein Staat gefordert, der sich im neoliberalen Sinne auf seine Kernelemente beschränken sollte, was auf den Abbau seiner wohlfahrtsstaatlichen Komponente sowie die Privatisierung öffentlich geführter Infrastruktur abzielte (vgl. Engartner 2021). Das Angebot öffentlicher Versorgungsleistungen sollte in weiten Bereichen zukünftig nicht mehr von staatlicher Seite, sondern von privatwirtschaftlichen Unternehmen erbracht werden, oft durch Public Private Partnership-Initiativen (Crouch 2011: 37.).²⁴⁵ Angeblich wären hierdurch ökonomische Produktivitätspotenziale besser abrufbar. Dieser von einigen Sozialwissenschaftler_innen als *Gewährleistungsstaat* (Bieling 2009: 238) bezeichnete Staat setzte sich in den späten 1990er Jahren durch und hat bis in die Gegenwart Bestand. Weiterhin zunehmende Ungleichheit der Einkommen wird durch fehlende staatliche Umverteilungspolitik (Eingriffe in die Markteinkommen) generiert. Dabei liegt dem Leitbild die Idee des *New Public Managements* (Dörre 2009: 64; vgl. Kap. 5.6.4) zugrunde, »dass sich mit Blick auf die Reorganisation öffentlicher Dienstleistungen der Staat vom Versorgungsmonopolisten zum Versorgungsmanager wandelt.« (Bieling 2009: 238) Deutlich zeigt sich, dass auch die staatliche Organisation in Unternehmensbegriffen und -konzepten reorganisiert wurde (ebd.).

Im Sinne der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland setzt der postfordistische Gewährleistungsstaat auf wirtschaftspolitische Prinzipien wie den Monetarismus und die Angebotsorientierung. Damit einher geht eine Form des *Krisenkorporatismus*, wie er in der Finanzkrise von 2007/08 etabliert wurde (Dörre 2014: 39). Dabei unterscheidet sich dieser Korporatismus deutlich vom alten *Sozialkorporatismus* der 1960er und 1970er Jahre sowie vom *Wettbewerbskorporatismus* der 1980er und 1990er Jahre. Dieser Krisenkorporatismus zeichnet sich durch das gemeinsame Handeln von Betriebsleitungen, Belegschaften sowie Betriebsräten und Gewerkschaften vor Ort zur Rettung des Betriebes und eines Großteils der Arbeitsplätze aus (Deppe 2012: 87).²⁴⁶ Allerdings werden von den Arbeitnehmer_innen Zugeständnisse bei Lohn, Arbeitszeiten und Tarifstandards erwartet, um den Abbau von Arbeitsplätzen zu verhindern. Jedoch

Betrugsparagrafen geschützt durch spezielle Steuertatbestände. Sie sind milder.« (Steinke 2022: 164)

245 Bei Public Private Partnership-Abkommen »werden Privatunternehmen von der jeweiligen Gebietskörperschaft, d.h. vom Bund, vom Bundesland oder von der Kommune, mit der Planung, der Sanierung, dem Bau und/oder dem Betrieb öffentlicher Einrichtungen beauftragt. Im Gegenzug erhalten die Unternehmen langfristig kalkulierbare und ausgesprochen sichere Einnahmen.« (Engartner 2021: 254)

246 Auch die Gewerkschaften waren in dieses Projekt eingebunden. So postulierte die IG Metall 2004 unter dem Namen Pforzheimer Abkommen das Ziel, »am Standort Deutschland bestehende Arbeitsplätze zu sichern und neue Arbeitsplätze zu schaffen« durch die »Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit, der Innovationsfähigkeit und der Investitionsbedingungen.« (Müller-Jentsch 2011: 129)

betrifft die Beschäftigungssicherung lediglich die Stammebelegschaft, nicht befristete Arbeitsverhältnisse oder die Leiharbeiterschaft. Hieran zeigen sich die Auswirkungen der Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse im Postfordismus, die die Klasse der Lohnabhängigen zunehmend in Kern- und Randbelegschaften gespalten hat, sodass diese nicht mehr gewerkschaftlich vertreten ist und geeint agieren kann (ebd.: 79ff.). Auch im Krisenkorporatismus dominiert weiterhin die Profit- und Wettbewerbslogik der kapitalistischen Organisation der Wirtschaft.

5.3.6 Resümee: Elemente der Regulationstheorie für eine staatstheoretisch fundierte Soziopolitische Bildung

Die *Regulationstheorie* stellt einen modernen, gesellschaftstheoretisch fundierten Ansatz der *Politischen Ökonomie* dar, der die Marx'sche Kapitalismuskritik des 19. Jahrhunderts für die Analyse des zeitgenössischen Kapitalismus des 21. Jahrhunderts adaptiert. Ihr genuiner Mehrwert besteht darin, dass sie den Kapitalismus nicht als statisches, sondern als dynamisches, sich ständig transformierendes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem begreift, das in den grundlegenden *Strukturen* – vor allem im antagonistischen Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit – identisch bleibt.

Für eine gesellschaftskritische Soziopolitische Bildung bietet die Regulationstheorie zentrale Einsichten, die vor allem darin bestehen, dass nicht trotz, sondern *wegen* ökonomischer Krisen kapitalistische Vergesellschaftung im historischen Verlauf ständigen Wandlungsprozessen unterliegt und ihre Erscheinungsformen verändert. Durch ihre staatstheoretische Erweiterung fasst die Regulationstheorie den modernen Nationalstaat als zentralen Akteur, der auf die kapitalistische Wirtschaft und die ihr zugrundeliegenden konkreten Arbeits-, Lohn- und Produktionsverhältnisse Einfluss nimmt und diese durch spezifische Mechanismen und Maßnahmen der Beeinflussung der Lebensweise und Konsumnormen der gesellschaftlichen Subjekte formt. Damit wird der Wandel von ökonomischen Verhältnissen nicht durch Kontingenz oder abstrakte Marktkräfte und Systemzwänge erklärt, sondern durch einen bestimmten politischen Zugriff auf die Arbeitskraft. Für eine staatstheoretisch fundierte Soziopolitische Bildung wird damit verdeutlicht, dass sich *Markt* und *Staat* nicht durch verschiedene Funktionslogiken gesteuert diametral gegenüberstehen, sondern dialektisch miteinander vermittelt sind: Märkte sind einerseits immer – auch im Neoliberalismus – durch den Staat eingebunden und reguliert, andererseits ist der Staat selbst integraler Bestandteil kapitalistischer Ökonomien. Folglich sind Staaten nicht als Getriebene der Wirtschaft misszuverstehen, wie es oft in sozialwissenschaftlichen Analysen und in der hegemonialen Politischen Bildung konstatiert wird. Die Regulationstheorie erfasst, wie der Staat in Marktprozesse und Produktionsverhältnisse eingreift und kapitalistische Vergesellschaftung ermöglicht, reproduziert und immer auch transformiert.

Zudem analysiert der Ansatz gegenüber einem statischen Staatsverständnis konkrete Transformationsprozesse von Staatlichkeit. Die Wandlungsprozesse werden nicht als kontingent verstanden, sondern durch einen intentionalen Wandel konkreter staatlicher Herrschaft bedingt gesehen, die auf die Arbeitskraft zugreift. Dies zeichnet den Gehalt für eine herrschaftskritische Soziopolitische Bildung aus. Dabei wird der moderne Staat hinsichtlich seiner veränderten Rolle im Prozess der Kapitalakkumulation und der po-

litischen Ausgestaltung der Arbeitsverhältnisse begrifflich unterschiedlich – nach seinen jeweiligen politischen Leitzielen orientiert – gefasst: Vom *keynesianischen Wohlfahrtsstaat* mit dem Regulierungsparadigma des *Sozial korporatismus* der fordistischen Ära entwickelte er sich im Verlaufe der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zum *schlanken Wettbewerbsstaat* im *Wettbewerbskorporatismus* hin zum *aktivierenden Staat* und *Gewährleistungsstaat* der jüngsten Entwicklung der neoliberalen Regulationsweise. Die Regulationstheorie begreift den Übergang der gesellschaftlichen Regulationsweise des keynesianisch abgesicherten *Fordismus* zum *Postfordismus* als flexibel-marktgetriebenes Produktionsmodell im Neoliberalismus *ursächlich* als politisches Projekt, dem ein konkretes staatliches Leitziel zugrunde lag. Damit werden sowohl die tarifvertraglich abgesicherte Arbeit (Sozialkorporatismus), als auch die *Prekarisierung* und *Flexibilisierung* von Arbeitsverhältnissen (Hartz-Reformen) sowie der damit einhergehende große Niedriglohnsektor als *politisch* bedingt und gewollt verstanden.²⁴⁷

5.4 Hegemonie und Herrschaft auf nationaler und globaler Ebene. Neogramscianische Internationale Politische Ökonomie

»In krassem Gegensatz zur gesellschaftlichen voraussetzungslosen Kritik des Marktes und zu Vorstellungen gründlicher Unterscheidungsfähigkeit von Markt und Staat [...] ist [...] die prozesshafte politische Konstitution des Marktes zu ergründen, durch die der Formationsbruch des Kapitalismus vollzogen wird.« (Röttger 1997: 39)

5.4.1 Internationale Politische Ökonomie als interdisziplinäre heterodoxe Wissenschaft der Internationalen Beziehungen

Dass das Verhältnis zwischen Nationalstaat und Gesellschaft im Zuge von Globalisierungsprozessen seit den 1970er Jahren gewaltigen Veränderungsprozessen unterworfen ist, kann die *Regulationstheorie* (vgl. Kap. 5.3) trotz ihres analytischen Mehrwerts der Untersuchung transformierender Staatlichkeit durch veränderte Produktionsmodelle nicht ausreichend erklären. Da sie sich lediglich auf nationale Entwicklungsmodelle konzentriert, bleibt ihre Betrachtung nationalstaatlich verhaftet (Becker 2003: 67), wodurch sie Schwierigkeiten hat, die Strukturen und Dynamiken des globalen Kapitalismus sowie der Staatenkonkurrenz zu begreifen. Der Nationalstaat transformiert sich

247 Allerdings sind für eine herrschaftskritische Soziopolitische Bildung die blinden Flecken der Regulationstheorie zu überwinden. Wegen ihrer mangelnden Handlungstheorie ist sie hegemonie- (vgl. Kap. 5.4) und staats-theoretisch (vgl. Kap. 5.5) zu erweitern, damit konkrete soziale Kräfte als Akteure des Politischen und der staatlichen sowie gesellschaftlichen Transformation in den Blick geraten. Zudem muss sich die Politische Bildung auf Grund der Globalisierung seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges von ihrer Nationalstaatsfixierung lösen und vielmehr Transnationalisierungsprozesse von Staatlichkeit in ihre Analysen integrieren (vgl. Kap. 5.4.4). Auch die Geschlechterverhältnisse (vgl. 5.8), Rassismus und Nationalismus (vgl. 5.2), die Rechtsform (vgl. Kap. 5.7) sowie die Funktion der staatlichen Repressionsapparate (vgl. 5.7.6) müssen als Bestandteile kapitalistischer Vergesellschaftung und Staatlichkeit für eine kritische Politische Bildung betrachtet werden.